

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 202.

Donnerstag, den 29. August 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Ursachen der Teuerung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt in einem nahezu drei Spalten langen Artikel „Ausschluß“ über die Ursachen der Teuerung. Bei der Lektüre des Artikels kann man im Zweifel sein, ob es sich hier um die Kundgebung einer verantwortlichen Regierungsstelle, oder um die Siftübung irgend eines jungen Professors handelt, der nicht weiß, wie er sich die Zeit vertreiben soll. Wäre die Sache nicht gar so verteuert ernst, dann könnte man geneigt sein, die letztere Ansicht als zutreffend zu betrachten. Daß die Fleischpreise und auch die Viehpreise enorm gestiegen sind, wird als unbestreitbar glatt zugegeben. Trotzdem aber, so wird behauptet, haben diejenigen unrecht, welche die Ursachen dieser ungewöhnlichen Teuerung auf eine ungenügende Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zurückführen und eine Abhilfe daher nur in einer erweiterten Öffnung der Grenzen und in einer Erleichterung der Vieh- und Fleischeinfuhr erblicken.

Der Verfasser stützt sich bei seiner weiteren Beweisführung auf Berechnungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, an dessen Spitze bekanntlich kein Hygieniker, sondern ein Jurist in der Person des Präsidenten Dr. Bumm steht. Nach diesen Berechnungen würden entfallen auf den Kopf der Bevölkerung im 1. Halbjahr an verfügbarem Fleisch auf Grund der sogenannten gewerblichen Schlachtungen:

1912:	20,747 Kg.;	1911:	20,051 Kg.;
1910:	20,100 „	1909:	20,011 „
1908:	20,213 „	1907:	19,385 „
1906:	18,132 „	1905:	19,514 „

Bis auf das Gramm hat also das Kaiserliche Gesundheitsamt die vorhandenen Fleischvorräte ausgerechnet. Gleichzeitig wird aber zugegeben, daß diese Berechnungen keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit erheben können. Nur wird gesagt, daß sie noch als die zuverlässigsten betrachtet werden müssen. Das sei aber, so wird weiter betont, ganz gleichgültig, denn unbestritten haben wir heute eine Höhe des Gesamt-Fleischverbrauchs in Deutschland erreicht, wie sie in Europa vielleicht höchstens von England nach um eine Kleinigkeit übertroffen wird, und dies fast ausschließlich auf Grund der Erstarkung unserer eigenen Viehzucht. Es wird dann das Zeugnis eines Prof. C. E. L. von der Universität in Zürich für diese amtlichen Behauptungen aufgerufen. Es hat natürlich weder Sinn noch Zweck, sich mit den Zahlen weiter zu befassen, die in dem Artikel gegeben sind. Wenn der Verfasser selbst zugeben muß, daß die angeführten Zahlen auf absolute Richtigkeit keinen Anspruch erheben können, dann sind sie damit zu einem Faktor geworden, der bei einer ersten Betrachtung mitsprechen, aber nicht entscheidend sein kann. Schließlich wird kein Mensch davon laut, daß man ihm bis auf das einzelne Gramm vorrechnen, wie hoch die Fleischvorräte in Deutschland sind, wenn ihm nicht die Möglichkeit geboten wird, diese Fleischvorräte kaufen zu können. Wenn knurrende Magen durch Statistiken betriebligt werden könnten, dann wäre in Deutschland von Not allerdings keine Rede.

Der Artikel macht sich dann an die Beantwortung der Frage, wie es sich erkläre, daß trotz der dauernden und starken Vermehrung der Vieh-Produktion die Vieh- und Fleisch-Preise eine so beträchtliche Steigerung haben erfahren können, und nun wird aufgeführt, daß daran zunächst einmal die Unkosten des Fleischerwerbes, die erheblich gestiegen seien, schuld tragen. Die Lädenmieten wurden größer, die Gehaltelöhne sind gestiegen, und nicht zuletzt die Ansprüche, die Sanitätspolizei und Publikum an die Fleischer stellen. Die Ausbeute der Schlachttiere ist gleichfalls eine andere, ungünstigere geworden: der Ladenfleischer ist wohl imstande, alle Bratenstücke und alles magere Fleisch schlank abzusetzen, nach Hochfleisch, fettem Fleisch und Kalb und Speck ist aber in den Städten nur geringe Nachfrage. Das magere Fleisch muß daher teurer verkauft werden. Als weitere Gründe werden dann noch angeführt, die Borgwirtschaft der Konsumenten, die finanzielle Abhängigkeit der Fleischer vom Großschlächter, Kommissionär oder Händler; das Entstehen einer wachsenden Zahl von Zwergbetrieben, deren Inhaber immer mehr zu reinen Fleischverkäufern werden und daher ihre Existenz nur bei einer verhältnismäßig großen Spannung zwischen dem Groß- und Kleinhandelspreis für Fleisch behaupten können. Unter diesen Umständen könne das Fleisch nur teuer oder das Vieh müsse sehr billig sein. Dann heißt es weiter:

„Nun ist aber auch die Erzeugung des Viehs immer kostspieliger geworden, die hohen Löhne, Lohnsteigerungen, Leutenmangel und vieles andere zwingen auch den Landwirt, sein Schlacht-

vieh höher zu verwerten. Es kommt ferner hinzu, daß die immer wachsenden Ansprüche der Konsumenten an die Qualität der Schlachttiere, insbesondere das Verlangen nach immer jüngeren Tieren bei Kindern und Schafen, die früher übliche Vornutzung der Tiere vielfach unmöglich machen und damit gleichfalls die Erzeugungskosten erhöhen. Nach jahrelangem Bemühen ist es auch der Landwirtschaft, dank besserer Organisation, allmählich gelungen, einen den Fleischpreisen mehr entsprechenden Viehpreis zu erhalten. Durch die infolgedessen steigenden Viehpreise wurde aber die Existenz zahlreicher Fleischer erschwert, und da die Heraushebung der Fleischpreise in der Kaufkraft der Bevölkerung eine Grenze findet, deren Überschreitung den Absatz mindert, so begannen die Fleischer über Fleischnot zu klagen. Daß die Behauptungen der Fleischer über Fleischnot und Viehmangel von der politischen Presse für ihre Parteizwecke aufgenommen und ausgebeutet werden, hat sicher auch dazu beigetragen, daß die Viehpreise immer mehr anziehen, denn erst dadurch ist es dem Landwirt klargemacht worden, daß sein Vieh eine begehrte Ware sei und er dabei mehr als bisher auf Preis halten könne.“

Der Verstand könnte einem stillstehen, wenn man diese Beweisführung liest. Es ist an gewissen Regierungsstellen offenbar längst zu einer fixen Idee gekommen, daß nur die Kritik der Presse, in erster Linie natürlich der Arbeiterpresse daran schuld sei, daß die Vieh- und auch die Fleischpreise steigen. Wir entsetzen uns, diese geradezu ungeheuerliche Beweisführung im Reichstage vom Regierunftsche aus gehört zu haben; obwohl in der schärfsten Weise darauf geantwortet wurde, obwohl die Unhaltbarkeit einer solchen Argumentation eingehend nachgewiesen worden ist, taucht sie jetzt wieder auf. Genau so steht es mit der schon damals aufgestellten Behauptung, daß es in der Hauptsache die Fleischer sind, die die Preise in die Höhe treiben. Auch jetzt wieder wird in dem Artikel betont, daß die Preise für Schweine herabgegangen wären, daß die Schweinemärkte im Jahre 1911 beständig überfahren waren, daß wir aber trotzdem von billigen Schweinefleischpreisen nichts gemerkt haben.

Der Artikel hält dann noch wie vor daran fest, daß die Vieherzeugung in Deutschland dauernd gestiegen sei, und wenn momentan die Rindfleischherzeugung etwas schwächer sei, so werde das ausgleichend durch das steigende Angebot von Schlachtschweinen, und im Anschluß daran wird bemerkt:

„Wenn trotzdem die Preise für das Schlachtvieh dauernd stiegen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die ungewöhnlich günstige und noch immer weiter sich aufwärts bewegende allgemeine wirtschaftliche Konjunktur die Kaufkraft der Bevölkerung und damit die Nachfrage nach Fleisch höher als früher gehalten hat. Die Konsumenten haben trotz hoher Fleischpreise den Konsum nicht eingeschränkt, sondern, wie die angeführten Zahlen erweisen, wenigstens in der Gesamtmenge noch weiter gesteigert.“

In alledem erblickt das Organ des Reichskanzlers ein erfreuliches Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik, und gleichzeitig auch das sicherste Mittel für eine Rückkehr zu normalen Fleischpreisen!

Aus dem ganzen Artikel geht hervor, daß die Regierung fest auf dem Standpunkt beharrt, daß eine Öffnung der Grenzen weder angebracht noch notwendig sei. Wenn der Artikel im Bureau einer Landwirtschaftskammer verfaßt worden wäre, so würde er nicht anders lauten können. Was meint nun aber die Regierung zu der Tatsache, daß nicht nur weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft, sondern auch zahlreiche Schichten des soviel umworbeneren Mittelstandes die heutigen Fleischpreise einfach nicht mehr ertragen können? Was meint die Regierung dazu, daß auch die billigen Wurstwaren, die bisher von der großen Masse des Volkes gekauft wurden, im Preise ganz gewaltig in die Höhe geschraubt worden sind? Einsicht wird man von der Bethmann-Hollweg-Regierung nicht ohne weiteres erwarten dürfen. Aber so viel könnte auch den Regierungsgehirnen klar sein, daß eine so anhaltende Steigerung notwendig zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeitermassen führen muß, daß der Geburtenrückgang, den man jetzt so beklagt, dadurch direkt gefördert wird, und daß schließlich auch die Ergebnisse der Aushebungen in recht ungünstigem Sinne beeinflusst werden müssen. Dem Volke ist nicht damit gebient, daß sich da irgend ein Affessor auf die Hosen setzt und da nach Gramm — warum nicht gleich nach Zentigramm — ausrechnet, wieviel Fleischvorräte vorhanden sind; das Volk verlangt, daß der ungeheuerliche Notstand, der heute besteht, beseitigt wird, und nach der Angabe weiter sachverständiger Kreise auch nur dadurch beseitigt werden kann, daß man die Grenzen öffnet und die Schikanen fallen läßt, durch die man heute die Einfuhr von Vieh zu unterbinden bestrebt ist, zur großen Freude der Agrarier, die heute den Geldsack mehr als je zu füllen in der Lage

sind. Wenn die Regierung glaubt, mit nichtsagenden Bemerkungen, die sich fast wie blutiger Hohn lesen, über die Misere hinwegzukommen, dann wird sie von den Volksmassen eines anderen belehrt werden müssen. Man hat es wahrlich endlich einmal satt, sich immer wieder und wieder mit Statistiken und Erhebungen füttern zu lassen, deren Kosten in direktem Gegensatz zu dem tatsächlichen Wert stehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Fleichteuerung.

In Königsberg i. Pr., der Hauptstadt einer der viehreichsten Provinzen, ist eine derartige Fleischnappheit und damit Hand in Hand gehend ein entsprechendes Steigen der Preise für Schlachtvieh eingetreten, daß eine Anzahl in weniger kaufkräftigen Stadtteilen wohnhafter Ladenfleischer ihren Betrieb einstellen und das Geschäft schließen mußten. Das berichtet die nationalliberale „Allgemeine Zeitung“ und von sachkundiger Seite wird ihr noch geschrieben, daß den bereits geschlossenen kleineren Geschäften noch eine Anzahl der größeren folgen, wenn die gegenwärtig bestehende Fleichteuerung anhält. Es gibt zurzeit etwa 300 Ladenfleischer, die jedoch mangels genügenden Angebots nicht alle imstande sind, ihren Bedarf an Fleisch auf dem Schlachthof zu decken. So wurden am Montag nur 218 Schweine geschlachtet; im Verhältnis zu der Zahl der Ladenfleischer eine verschwindend geringe Zahl. Noch schlimmer steht es mit Kalbfleisch; hier ist die Zufuhr zurzeit eine so geringe, daß, wollte man den ganzen am Markt befindlichen Vorrat unter den Fleischern gleichmäßig verteilen, jeder Fleischer kaum ein Kalbviertel erhalten könnte. Auch die Rindviehschlachtungen stehen in keinem Verhältnis zum Bedarf. Ständig zugenommen hat, wie in Berlin, so auch in Königsberg die Zahl der Pferdebeschachtungen. Eine Besserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände ist nach der Meinung Königsberger Sachverständiger des Fleischergewerbes für Ostpreußen nur von der Öffnung der russischen Grenze zu erwarten, da die Preise für tadelloses Vieh in Rußland, wenige Meilen von der Grenze entfernt, kaum halb so hohe wie in Ostpreußen oder gar auf dem Königsberger Schlachthofe sind.

Das schreibt die stramme schutzöllnerische nationalliberale „Königsberger Allg. Ztg.“ Was hat darauf die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ zu sagen, die behauptete, die Schlachtvieh- und Fleichteuerung sei eine internationale Erscheinung?

Den Aufruf des Parteivorstandes, Protestversammlungen gegen die Fleichteuerung abzuhalten, beantworten die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ in Nr. 199 vom 27. August. Die Antwort kommt indessen über haltlose Redensarten nicht hinaus: die Fleischeinfuhr sei um 107 000 Doppelzentner gestiegen, die die Einfuhr erschwerenden Seuchenschutzbestimmungen können nicht aufgehoben werden, bleibe übrig die zeitweilige Aufhebung der Zölle. „Eine derartige Maßnahme würde eine Wirkung haben, wenn der Preis des ausländischen Fleisches unter gleichen Umständen bedeutend niedriger als der des inländischen wäre. Dem ist aber durchaus nicht so. Die jetzige Fleichteuerung ist nicht eine auf Deutschland beschränkte, sie ist eine internationale Erscheinung. Bei einer derartigen Sachlage können von der Zollaufhebung eingreifende Wirkungen nicht erwartet werden. Auch reizen die Beispiele, die in dieser Beziehung Auslandsstaaten gegeben haben, durchaus nicht zur Nachäferung. Auslandsstaaten haben die Zölle auf Lebensmittel in ähnlichen Situationen zeitweilig aufgehoben, die Wirkungen dieser Maßnahmen blieben aus. Die Preise aller Waren werden durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Wie sich das Angebot von Fleisch insgesamt stellt, läßt sich nicht genau übersehen, in Deutschland ist es jedenfalls im letzten Jahr größer geworden. Die Nachfrage ist aber, hauptsächlich infolge der bedeutend gestiegenen Arbeitslöhne, noch stärker

ker in die Höhe gegangen. Diese Entwicklung hat sicher mit zur Fleischteuerung beigetragen, sie wird aber durch Vorschläge, wie sie der sozialdemokratische Parteivorstand macht, nicht aus der Welt geschafft.

Die Antwort der offiziellen Korrespondenz ist überdies schwach. Die gerühmte Mehreinfuhr von 107 000 Doppelzentnern deckt noch nicht den Verbrauch eines einzigen Tages. Und es ist auch eine glatte Unwahrheit, daß die Auslandspreise des Fleisches nicht niedriger seien, als die deutschen. Was soll alles das Reden, man mache doch endlich einmal den Versuch und öffne die Grenzen und setze die Zölle herab oder hebe sie auf und sofort wird sich zeigen, daß diejenigen recht haben, die die Fleischnot auf die hermetische Abschließung der Grenzen zurückführen. Direkt einseitig wirkt das Argument, daß die Lohnsteigerungen eine Erhöhung der Fleischpreise zur Folge gehabt hätten: die Arbeiter sind seit Monaten nicht mehr in der Lage, genügend Fleischnahrung zu sich zu nehmen und trotzdem steigen die Preise unaufhörlich. Die Fleischnot läßt sich nicht durch Redensarten beseitigen, es muß endlich einmal an dem agrarischen Schutzgebäude energisch gerüttelt werden.

Die „Berliner Morgenpost“ schließt einen Artikel gegen die Fleischnot mit folgendem Ausruf:

„Die Sache geht alle an, Arbeiter, Handwerker, Beamte, Kaufleute und Gelehrte. Entweder sie wollen billigeres Fleisch, dann müssen sie das konservativ-reaktionäre Regiment stürzen. Aber um die starke Koalition von schwarz und blau niederzuwerfen, dazu reicht die Kraft des Liberalismus allein nicht aus und die Kraft der Sozialdemokratie allein auch nicht. Beide zusammen aber sind zum Siegen stark genug. Verbünden sie sich ohne jede Sentimentalität, einzig im Hinblick auf den Sieg, so werden sie siegen.“

Oder aber sie verbünden sich nicht, sei es aus Eifersuchtlosigkeit, sei es aus Doktrinarismus, sei es aus Feigheit; dann können sie nicht siegen, und dann müssen sie sich eben das System Bethmann in allen seinen Formen gefallen lassen — und das teure Fleisch auch.

Nur soll sich dann keiner mehr beklagen, weder über teures Fleisch noch über politischen Druck, noch über sonstige bürokratische Plage. Denn jede sachlich noch so berechtigte Klage, wenn ihr niemals die Tat folgt, die von dem Uebel erlöst, sinkt zu verächtlichem Lamento herab und erhöht den Übermut der Bedrängten.“

Ein Gnaden-Akt.

Einem in Liegnitz lebenden, 70 Jahre alten Kriegsveteranen, der drei Feldzüge mitgemacht hat und seit dem 1. April 1907 infolge seiner Bedürftigkeit einen jährlichen Zuschuß von 57 Mark erhielt, wurde im Frühjahr ds. Js. folgendes amtliche Schreiben zugesandt:

Der Reichsanwalt, Berlin W., Wilhelmplatz 1, den 20. Mai 1912.
L 4357.

Seine Majestät der Kaiser haben Allergnädigst geruht, Ihnen an Stelle des bisherigen Pensionszuschusses von 57 Mark vom 1. April 1907 ab einen solchen von 27 Mark zu bewilligen. Die Auszahlung wird in der bisherigen Weise erfolgen.

Im Auftrage
(Unterschrift unleserlich).“

Der Betroffene wird von diesem Gnadenakt nicht wenig überrascht worden sein. Denn gemeinhin versteht man unter einem Gnadenbeweis etwas anderes als die Kürzung einer Zulage. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist der Begnadigte auch noch aufgefördert worden, den Betrag, der ihm gekürzt wurde, rückwirkend auf fünf Jahre zurückzuzahlen. — Im Reichsanwalt scheint man von der gegenwärtigen Teuerung vermutlich noch keine Ahnung zu haben; sonst hätte man früher nicht auf die Idee kommen können, dem alten Manne die Zulage zu kürzen. Ob die gegen das Reichsanwalt angelegte Klage Erfolg hat, erscheint einigermaßen zweifelhaft; denn ein klagbares Recht auf die Gewährung von Zuschüssen besteht nicht. Vom Reichsanwalt muß aber verlangt werden, daß es kühnlich der Öffentlichkeit eine Aufklärung über die Beweggründe zu diesem sonderbaren Gnaden-Akt zuteil werden läßt.

Liberaler Frey-Geld.

Der Redakteur Staercke von der liberalen „Pippischen Landeszeitung“ hatte vor einiger Zeit ein Urteil des Schöffengerichts Detmold kritisiert, und es war deswegen gegen ihn Strafantrag gestellt worden. Herr Staercke bedachte sich darauf, ging hin, bot um Verzeihung und zahlte 500 Mk. an die Armen. Der Landgerichtspräsident nahm darauf den Strafantrag zurück. — Die Sache hat deswegen einiges Interesse, weil es die „Pippische Landeszeitung“ ist, die noch dem Reichstagswahlkampf mit etwa drei Dutzend Beleidigungsklagen anwartete, von denen sich zwei wegen formaler Schwäche auch gegen unser Vorkämpfer der Parteiorgan, die „Volksmacht“, richteten.

Der Kampf gegen die Teuerung in Bayern.

Die sozialdemokratische Fraktion wird im bayerischen Landtage wegen der Teuerung interpellieren. — Im Münchener Magistrat stellen unsere Parteigenossen am Dienstag den Antrag: der Magistrat wolle im Hinblick auf die zu erwartende große Arbeitslosigkeit im kommenden Winter, die im Bergbau und in anderen Betriebsarten jetzt schon ganz empfindlich eingetreten ist, und in Anbe-

tracht der gemeinschädlichen, noch nie erreichten Teuerung aller notwendigen Nahrungsmittel beschließen, der Bundesrat ist zu eruchen, sofort die Einberufung des Reichstags zu veranlassen, und diesem eine wenigstens zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh in Vorschlag zu bringen. Außerdem soll durch Änderung der einschlägigen Bestimmungen die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches sowie die Einfuhr von Gefrierfleisch ermöglicht werden. Ferner sind die zuständigen Organe der Stadtverwaltung zu beauftragen, dem Magistrat unverzüglich jene Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet erscheinen, zur Linderung der Not beizutragen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aller Art zu erschwinglichen Preisen zu fördern. — Am nächsten Montag werden sich in München neue Volksversammlungen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Eine neue Militärvorlage in Sicht?

Unter dieser alarmierenden Spitzmarke verbreitet die „Neue Preussische Korrespondenz“ die Nachricht, daß eine neue Militärvorlage in Vorbereitung sei. Es soll sich um die Einführung eines automatischen Gewehrs für die deutsche Armee handeln, und zwar soll die Einführung dieser Waffe schon im kommenden Winterhalbjahr erfolgen. Dem Reichstag werde sofort nach seinem Zusammentritt das entsprechende Material zugehen. — Verschiedene bürgerliche Blätter haben beim Kriegsministerium Erkundigungen eingezogen und dort erfahren, daß an der Nachricht nicht ein wahres Wort sei. Wenn man bei Dementis aus dem Kriegsministerium in der Regel auch das Gegenteil als zutreffend ansehen muß, so wird in diesem Falle doch ruhig angenommen werden dürfen, daß die fragliche Korrespondenz sich ihre Mitteilung rein aus den Fingern gesogen hat.

Die „Prinzipienfehler“ des bayerischen Zentrums.

Das bayerische Zentrum hat in der letzten Zeit trübe Tage erlebt. Die patriotische staatserhaltende Pose wird ihnen immer wieder dadurch verborben, daß es rechtzeitig daran erinnert werden kann, wie die Zentrumsführer auch anders können und wie sie ebenso gern und freudig mit den Sozialdemokraten Bündnisse schließen, um ihre Vorteile zu wahren, als sie jetzt die konservativen staatsertreuenden Politiker herauskehren, weil das gegenwärtig ihren Geschäften zuträglich erscheint. Die „Germania“ bringt nun einen Leitartikel aus München, den sie verjämmt in der Beilage abdruckt, der sich mit den Wahlkompromissen des Zentrums mit der Sozialdemokratie beschäftigt. Es heißt im ersten Teile dieses Leitartikels:

„Das Zentrum hat in Bayern im Jahre 1899 in den Landtagswahlkreisen München I, Speyer-Ludwigs-Hasen und Wirmajens-Zweibrücken ein Wahlkompromiß mit der Sozialdemokratie geschlossen. In München I hatte das Zentrum 1898 bei der Reichstagswahl dem Liberalismus zum Siege verholfen. Um so größer war die Enttäuschung, als die liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ die übliche Hege gegen Zentrum und katholisch-kirchliche Dinge fortsetzten. Diese Hege war die unmittelbare Ursache, daß das Zentrum 1899 bei den Landtagswahlen Vergeltung übte und mit der Sozialdemokratie ging.“

Das Wahljahr 1905 brachte wiederum, diesmal für etwa 10 Wahlkreise in Bayern, ein Landtagswahlkompromiß mit den Roten, um eine Zweidrittelmehrheit für das neue Wahlrecht zu schaffen und die Wahlkreisgeometrie in die Rumpelkammer zu werfen. Die Liberalen hatten das Wahlgesetz abgelehnt. — Bei den Reichstagswahlen von 1907 schloß das Zentrum in vier Wahlkreisen ein Kompromiß mit den Roten. Es mißlang in der Hauptsache, und auch der Zweck: Fernhaltung einer Reichstags-Blockmehrheit aus Liberalen und Konservativen, wurde nicht erreicht.

An diesen Vorgängen wird vom Zentrum nichts bejammert; es bekennt sich offen und ehrlich zu diesen Taten. Diese Wahlkompromisse des Zentrums mit den Roten lassen sich grundsätzlich in keiner Weise verteidigen, sie waren ein Verstoß gegen eine grundsätzliche konservative Staatspolitik, wenn gleich gerade für diese Politik mit diesen Wahlkompromissen für den Landtag die Basis geschaffen worden ist durch Herbeiführung einer stabilen Zentrumsmehrheit mittels eines neuen Wahlrechts. Heute kann man ruhig sagen, jene Wahlkompromisse waren Prinzipienfehler, sie würden heute auch nicht mehr abgeschlossen, allein schon aus Rücksicht auf die ganze Entwicklung.“

Es ist äußerst spähhaft, wie die schlauen Zentrumsleute, die so ehrbar ihre „Prinzipienfehler“ eingestehen, sich im Schlußsatz eine Hintertür offen halten: sie werden solche „Prinzipienfehler“ heute nicht mehr abschließen, „allein schon aus Rücksicht auf die ganze Entwicklung“! Wenn die Entwicklung wieder einmal andere Wege geht und die politische Situation den Zentrumsleuten praktisch erscheinen läßt, mit der Sozialdemokratie zu gehen, dann werden, wenn auch nicht der Erzbischof Bekker, aber sicher andere Leuchten des Zentrums den Weg zur Sozialdemokratie wieder finden, führe der Weg auch wieder an Kaisergräbern vorüber und in die „heiligen Stätten“ katholischer Kirchen.

Aus dem bayerischen Landtage.

Das parlamentarische Interesse des Publikums ist durch die letzten Zwischenfälle gewaltig gesteigert worden. Dienstag nachmittag traten sich die Tribünenanwärter vor dem Landtag und nur ein geringer Teil konnte Befriedigung finden. Die Tribünen kamen aber nicht auf ihre Rechnung, es ging friedlich und sachlich zu. Die Erörterung der Militärverwaltung gab den Genossen Franz Schmitt und Kollwagen Anlaß, einige Fälle heftiger Militärjustiz vorzutragen. Kollwagen kam noch einmal auf den Brandenburger Vorwurf sozialdemokratischer Rassenagitation zurück. Er fragte den Minister, ob und wieviel Beurteilungen wegen solcher Agitation erfolgt seien, er forderte den Baron auf, Beweise zu bringen. Unser Redner wies darauf hin, daß jener Vorwurf die Begeißung schwerer militäri-

scher Delikte darstelle, die mit vielen Jahren Gefängnis geahndet werden können. Und Kollwagen richtete die Warnung an die militärischen Kreise, nicht sich durch Lockpfeile verleiten zu lassen, die vielleicht für das Zeitalter „Material“ zu schaffen beabsichtigen.

Der Kriegsminister glaubte wohl durch seine früheren abweisenden Erklärungen die Frage bereits verneint zu haben und nahm nicht mehr das Wort. Herr v. Franckenstein aber schweig und lud damit den Vorwurf der Verleumdung auf sich.

Holland.

Der „rote Dienstag“. Die für den 17. September den Tag der Parlamentsöffnung vorbereitete sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstration in Haag ist vom Bürgermeister der Residenzstadt verboten worden. Darauf hat der Parteivorstand ein Manifest erlassen, wonach die Demonstration doch stattfinden soll und zwar in der Form einer Massenversammlung. Zur Stunde, da die Königin ins Parlament fährt, werden die Demonstranten auf dem Platz vor den Kammer- und Senatsgebäuden zusammentreffen.

Portugal.

Schmerz, laß nach! Dem Vatikan ist großes Unheil widerfahren. 800 portugiesische Priester haben erklärt, daß sie die im portugiesischen Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat für sie vorgesehene Pension annehmen. Diese Haltung der Geistlichen verriet den Vatikan in große Verlegenheit, denn mit der Annahme der Pension nehmen die Priester mittelbar auch das Trennungsgesetz an, das vom päpstlichen Stuhl feierlich verdammt worden ist. Doch sind die Priester, die die Pension annehmen wollen, zu zahlreich, als daß der Vatikan gegen sie mit Disziplinarmaßnahmen, wie Suspension vom Amte, vorgehen könnte. Man begnügt sich vielmehr damit, im „Osservatore Romano“ einen offiziellen Tadel gegen die achthundert Priester auszusprechen, wird aber fürs erste keine anderen Maßnahmen ergreifen.

Marokko.

Zu Südmarokko wird die Situation für die Franzosen immer ungemüßlicher. Gleich nach seinem Einzug in Marrakesch hat der Prätendent El Hiba eine ganze Anzahl Franzosen gefangen genommen. Auch der deutsche Vizekonsul befindet sich unter den Gefangenen. Die europäischen Leiden wurden geplündert. El Hiba will die Gefangenen nur gegen Erfüllung bestimmter ihm dienlicher Forderungen freilassen.

Amerika.

Gegen das unsinnige Wettrüsten sprach sich bei einem Lunch in Ottawa (Kanada) der frühere Premierminister Sir Laurier aus. Er erklärte, daß für Deutschland genug Platz an der Sonne sei. Der Redner wandte sich gegen das unsinnige Wettrüsten, von dem der amerikanische Kontinent bisher Gott sei Dank freigeblichen sei und plädierte für Schiedsgerichte. Er sagte weiter, daß die Kanadier ihre Schuldigkeit tun würden, wandte sich aber gegen die Idee einer schrofferen Organisation des britischen Reiches, da die Probleme der einzelnen britischen Nationen sehr verschieden seien. Während England beständig an Rüstung denke, denke Kanada beständig an Eisenbahnen. Die beste Methode für das Reich sei, sich auf der Grundlage der Autonomie zu entwickeln. — Diese Rede ist in Gegenwart mehrerer Regierungsleute gehalten worden. In Deutschland werden solche vernünftigen Reden nicht gehalten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 29. August.

Gegen die Fleischnot. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist folgender Antrag in der Bürgerschaft eingebracht worden: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seinen Vertreter im Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Zölle auf Lebens- und Futtermittel suspendiert und 2. die Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch geöffnet werden.“

Die wahren Ursachen der Fleischnot hat nunmehr glücklicherweise das lässige Amtsblatt entdeckt, und damit den Ruhmestanz, den sich der bekannte Dr. Cool mit seiner viel bemerzten „Entdeckung“ des Nordpols zu erringen gewußt hat, auch um seine Stirn geslochten. Nicht der Zollwucher, nicht die Grenzsperrren sind es nach den „Lüb. Anzeigen“, welche das Fleisch und die anderen Lebensmittel verteuern, sondern es ist die preisvertuernde Wirkung der sozialdemokratischen und freisinnigen Parteiagitator, welche für die hohen Fleischpreise verantwortlich zu machen ist. Ist es nicht geradezu wunderbar, daß auf diese selbstverständliche Ursache der hohen Fleischpreise noch nicht die erleuchteten Geister der Agrarier, deren Menschenfreundlichkeit doch über allem Zweifel erhaben ist, gekommen sind, sondern daß es unserm gleich einem Weisheit im Verborgenen blühenden Amtsblatt vorbehalten blieb, — trotzdem die Hitze garnicht sehr groß ist — solche tiefgründige Weisheit zu publizieren. Das einfachste Mittel zur Beseitigung der Fleischnot wäre unter solchen Umständen das Verbot der sozialdemokratischen und freisinnigen Parteiagitator. Nicht wahr?! Doch nicht ganz allein die Sozialdemokraten und die Freisinnigen tragen nach dem Amtsblatt die Schuld an der Teuerung, sondern auch die Schlichtermeister und andere vertuernde Zwischenglieder. Wenn die Sozialdemokratie derartiges behauptete, wie würde das Amtsblatt über deren Mittelstandsfeindschaft zeteren!

Da die Sozialdemokraten unbelehrbar sind, so werden sie vermutlich auf ihrem Standpunkt beharren, daß die Unzuliebe betriebe Grenzsperrren- und Zollwucherpolitik es ist, welche das deutsche Volk — nicht die vom Amtsblatt vertretenen Satten — in Not und Elend bringt. Und laut wird in Versammlungen und in Parlamenten die Forderung erhoben werden: Die Grenzen auf! Fort mit allen Brot- und Fleischzöllen!

Einen Butanfall bekommen die „Lübbedischen Anzeigen“ darüber, daß nach dem Bericht des Parteivorstandes die sozialdemokratische Presse sich so glänzend entwickelt hat. Wir können es durchaus verstehen, wenn das Amtsblatt im Gefühl seiner eigenen Bedeutungslosigkeit auf die sozialdemokratische „Hesperis“ neidisch ist, hinter der eine mächtige

Gelehrter Kreis. Wenn die „Lübecker Anzeigen“ schließlich für ihre Interessen vertretende Presse bezahlen müssen, so ist demgegenüber betont, daß der Abonnementspreis der hiesigen Zeitungen durchweg weit höher ist, als derjenige der sozialdemokratischen. Sogar die „Lübecker Anzeigen“ prellen ihre wenigen Schäfchen um jährlich 13,20 Mk. Wir bedauern nur die Leute, die soviel Geld dafür ausgeben!

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm): Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada. „Kronprinz Wilhelm“ ab 3. September, „Amerika“ ab Hamburg 5. September, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 7. September, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 10. September, „Kaiserin Augusta Victoria“ ab Hamburg 12. September, „Berlin“ ab Bremen 14. September, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremen 17. September, „George Washington“ ab Bremen 21. September, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 24. September, „Victoria Luise“ ab Hamburg 26. September, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 1. Oktober. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „Kronprinzessin Cecilie“ und „Victoria Luise“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leittimer wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

pb. Wer ist der Eigentümer? Am 28. d. Mt. wurden auf dem Terrain des alten Bahnhofs, und zwar an der westlichen Seite, 5 vernickelte Fruchtkörbe mit Bügel und buntem Boden aus weißem Glas (kristallartig), 3 Pappkartons mit je einer kleinen runden in zwei Säulen hängenden, stark vernickelten Standuhr, und ein Pappkarton mit einer neuen gewöhnlichen Remontoiruhr aus weißem Metall mit gelbem Rand gefunden. Die Gegenstände, die zweifellos aus einem Diebstahl herrühren, sind in einer Zeitschrift „Elektrischer Anzeiger“ und Mitteilungen des Verbandes Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede, sowie in helles Papppapier eingewickelt.

pb. Diebstahl. Am 26. d. Mts. ist aus einem Hause der Johannisstraße eine silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand und einer Stahlkette abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Sanitatheater. Man schreibt uns: Das jetzige Programm verabschiedet sich am kommenden Sonnabend; es sollte deshalb niemand veräumen, sich daselbst noch anzusehen. Am Sonntag, dem 1. September beginnt das Reisenprogramm und ist darin für Lübeck eine Sensation enthalten. Der Direktion ist es gelungen, die berühmte indische Nakt- und Schlangentänzerin zu verpflichten. Es ist die erste Nakttänzerin, die in Lübeck auftritt, und sind ihre Tänze mit ihren Riesenschlangen phänomenal. Das Septemberprogramm bringt einen Schläger nach dem andern, und ebenso löst eine Attraktion die andere ab; für Humor sorgen Soubretten, Komiker und Excentrics. Auch ein schwarzes Duett tritt auf und ist dieses Pegerpaar eben erst von ihrer australischen Tournee zurückgekehrt und treten dieselben überhaupt zum ersten Male in Deutschland und in Lübeck auf, jedoch es der rührigen Direktion gelungen ist, für ganz Deutschland neue Attraktionen zu finden. Biletts für die Premiere sind bereits von heute ab an der Vorverkaufsstelle bei Herrn Sager, Rostmarkt, zu haben.

e. Stettin. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstagabend bei Paetkau-Hackenburg statt; sie war gut besucht. Eine Genossin wurde aufgenommen. Genosse O. Nickel gab zunächst den Bericht von der Generalversammlung des Zentralvereins. Eine Diskussion darüber wurde nicht beabsichtigt. Hierauf folgte der Kartellbericht. Beschlossen ist, für Gewerkschaftsmittel nach Württemberg zu senden zwecks Zuspaltung gegen Aheimatismus. Ferner wurde vom Lagerhalterverband verlangt, daß die hiesigen Lagerhalter sich dem Verbande anschließen müßten. — Hierauf erfolgte der Bericht vom Gemeinderat, der sich hauptsächlich mit dem Rathausbau beschäftigte; ferner ist der Voranschlag für 1911 weit überschritten, die Gemeindeversicherung um 2600 Mk., die Gefindefasse um 800 Mk. Die Ergänzungswahl zum Zentralvorstand ergab die Wahl von Gwers, Fick, Th. Stubb und M. Fick. — Genossin Nickel gab die Abrechnung vom Sommerfest der Frauen; es ist ein Überschuß von 45 Mk. zu verzeichnen; dieser wird auf Antrag der Genossinnen zur Anschaffung eines neuen Bibliothekstisches verwendet werden. Moniert wurde noch, daß die Beiträge nicht regelmäßig bezahlt werden. — Donnerstagabend halten die Sozialdemokratischen Frauen ihre Versammlung ab. Pflicht einer jeden Genossin ist es, zu erscheinen.

Oldesloe. Ein holsteinischer Handwerker tag fand am Sonntag in Bad Oldesloe statt. Die nicht besonders besuchte Versammlung gab wieder mal ein nettes Bildchen von der Geschlossenheit und Einigkeit des Handwerks. Nachdem der Provinzialvorsitzende, Bäckermeister Brandt aus Altona auf den „obersten Schirmherrn des Handwerks“, den Kaiser, ein Hoch ausgebracht hatte, in das die Versammlung freudig einstimmte, referierte der Vorsitzende des Deutschen Bundes der Handwerker, Voigt-Berlin, über das Thema: „Brennende Handwerkerfragen der Gegenwart“. Nachdem er sich näher über die Gründung des Bundes ausgelassen hatte, erklärte er, daß der Bund nicht parteipolitisch tätig sein wolle. Bei den Wahlen unterstütze er nur diejenigen Kandidaten, die die Handwerkerforderungen unterschrieben hätten. Die unpraktische Gesetzgebung habe die Handwerker zu Lohnsklaven herabgedrückt und die Regierung habe bisher nicht die Handwerkerforderungen erfüllt. Die Innungsgesetze seien nicht gut, denn die Einteilung in Freie Innungen und Zwangsinnungen teile den Handwerkerstand in zwei Lager. Deshalb fordert der Bund eine einheitliche Innungsorganisation. Der sogenannte kleine Befähigungsnachweis sei nichts Vollständiges. Das Großkapital und der Zwischenhandel drücke auf das Handwerk. Der Bund fordere die Beseitigung des Submissionswesens und der Konkurrenz der Strafanstalten. Da alles Wettitionieren nichts nütze, müsse das Handwerk die Wahlen in seinem Sinne zu beeinflussen suchen. Der Bund wolle Handwerkerpolitik treiben. Viel zu lange habe das Handwerk den Vertretern des Großkapitals den Steigbügel gehalten. Einen weiteren Vortrag hielt das Bundesvorstandsmitglied, Schlossermeister Diez-Grurt. Auch er forderte Gesetzesbestimmungen, die den Ruin des Handwerks aufhalten sollen. Das Grundübel des Handwerks liege in der Gesetzgebung. Man könne deshalb nichts anderes tun, als deren Änderung erstreben. Der Redner forderte eine progressiv steigende Umsatzsteuer, die alle Detailgeschäfte von 100 000 Mk. Umsatz an treffen solle. Der Redner wies dann noch den Vorwurf zurück, der Bund sei ein Anhängel des Bundes der Landwirte. In der nun folgenden Diskussion kam es zu sehr lebhaften Szenen. Herr Paris-Altona gab seiner Meinung offen Ausdruck, daß die Bundesredner keinen einzigen praktischen Weg zur Hebung des Handwerks gezeigt hätten. Die Umsatzsteuer könne die Konsumvereine und Warenhäuser nicht

erdroffeln. Notwendig sei allerdings ein Zusammenschluß des Handwerks und zwar in Fachorganisationen. Was sei eigentlich der Bund der Handwerker? Wo er bisher aufgetreten sei, habe er konservative und antisemitische Kandidaten unterstützt. Der Vorsitzende sei aus den rechtsstehenden Parteien herabgekommen. Dann trat der Redner für den Hansabund ein, der zur Einschränkung der Zuchtbausarbeit und zur Unterdrückung des Submissionswesens wertvolle Vorschläge gemacht habe. Die Handwerker müßten sich eben viel mehr wie bisher in den politischen Vereinen betätigen. Selbstverständlich suchten die Bundesredner diese Vorwürfe zu entkräften, wobei sie allerdings selbst zugeben mußten, daß sie konservative und antisemitische Kandidaten unterstützt hätten. Leider geht aus den Berichten in der hiesigen Presse über die weitere Debatte nichts hervor. Es heißt dort nur: „Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Bundesrednern und Herrn Paris-Altona schloß der Vorsitzende die am Schlusse recht lebhaft verlaufene Versammlung.“ So bildet der erste holsteinische Handwerker tag für den Bund ein ziemliches Fiasko, das der reaktionäre Handwerkerbund rechtlich verdient hat. Glaubt er doch noch immer, daß durch Gesetzesbestimmungen der Ruin des Handwerks verhindert werden könne. Wann wird es wohl endlich den Handwerkern einleuchten, daß es nicht, wie der Bundesvorsitzende Voigt mal wieder meinte, die „unpraktische Gesetzgebung“ ist, die die Handwerker „zu Lohnsklaven herabdrückt“, sondern die wirtschaftliche Entwicklung, mit der sich das „goldene“ Handwerk nun wohl oder übel abfinden muß.

Hamburg. Wegen Landesverrats verurteilt. Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts stand Donnerstag der Techniker Friedrich Schöte, dem zur Last gelegt wurde, Zeichnungen und Pläne, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind, an fremde Personen ausgeliefert zu haben. Der Angeklagte war als Techniker auf der Werft von Blohm u. Voß angestellt. Er kam in Beziehungen zu dem englischen Spion Schulz, der inzwischen vom Reichsgericht wegen Spionage zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Schöte lieferte dem Schulz nach dem Gedächtnis eine Skizze über den Kreuzer „Erlach Heimdal“. Schulz forderte weiter von Schöte gegen gute Bezahlung alle möglichen erreichbaren Zeichnungen. Der aus dem Zuchthaus vorgeführte Zeuge Schulz sagte unter anderem aus: Er sei kein englischer Spion, und man habe ihn unschuldig verurteilt. Nach Hamburg sei er nur gekommen, um Schiffe zu kaufen. Nebenbei habe er, um sich englischen Freunden gefällig zu erweisen, versucht, Material über deutsche Kriegsschiffe für sie aufzutreiben. Am wichtigsten sei es ihm gewesen, Genauen über die 35 Zentimeter-Geschütze und über die Anlage der Geschütze auf dem Kreuzer „Moltke“ zu erfahren. In England habe man sich am meisten für den Bau des „Erlach Heimdal“ interessiert. Da Schöte sich geneigt gezeigt habe, ihm Schiffszeichnungen zu liefern, sei er mit diesem in Verbindung getreten. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um die Gefährdung der Sicherheit des deutschen Reiches gehandelt habe, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr acht Monaten Gefängnis und Ehrverlust auf die Dauer von vier Jahren. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage und verurteilte Schöte wegen Verstoßes gegen den § 49a des Spionagegesetzes zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der Unterjuchungshaft. — Aufdeckung großer Zollbetrügereien. Zollbetrügereien im großen Umfange sind gestern nachmittag beim Zolldurchschlappbureau St. Annen entdeckt worden. Drei mit Kaffee und Spiritus beladene Wagen hatten bereits die Zollgrenze unbeanstandet passiert, als zwei Wagen, die ebenfalls durchfahren wollten, angehalten wurden. Die Polizei verhaftete zwei Männer, während drei entkamen. Außerdem wurde der Zollbeamte, der die Verbrecher ungehindert passieren ließ, in Haft genommen.

Hamburg. Aus dem feindlichen Lager. Der Hamburgische Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verfenstet den Unternehmer, die er für seine Zwecke zu gewinnen trachtet, seinen Jahresbericht mit folgendem Begleitschreiben, das dem „S. G.“ durch den bekannten günstigen Wind zugeweht worden ist:

„Das kommende Jahr 1913 wird nach den von sozialdemokratischen Führern auf zahlreichen Gewerkschaftstagen abgehaltenen Reden zu urteilen, ein wirtschaftliches Sturmjahr werden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften rüsten sich jetzt schon mit aller Macht zu dem nach allem Brauch im Frühjahr stattfindenden Kampfe. Beachtlichen sie doch nichts Geringeres als, gestützt auf zahlreiche wohlgefüllte Streiklisten und mit einem auf zwei bis drei Millionen zusammenschweißtem Heer gewerkschaftlicher Streiter, unser gesamtes Wirtschaftsleben durch einen gleichzeitigen Angriff in seinen Grundlagern zu erschüttern.“

Es würde zu weit führen, wenn mir an dieser Stelle mutmaßen wollten, inwieweit der Sozialdemokratie diese Machtprobe, denn um eine solche handelt es sich, glückt. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß gerade in Hamburg sich ein rücksichtsloser Kampf sehr vielen Unternehmern empfindliche Verluste zufügen wird.

Viele Unternehmer glauben nach dem ausgebrochenen Streik ihren Betrieb durch sogenannte „Streitbrecherkolonnen“ weiter fortführen zu können und warten die Dinge in Ruhe ab. Zur gegebenen Zeit aber werden sie dann die Erfahrung machen, daß sich diese berufsmäßigen Streitbrecher, die sich aus Unbrauchbaren, Arbeitslosen und Arbeitslosen anderer Berufe zusammensetzen und von Streitbrecherfirmen gegen große Kosten zur Verfügung gestellt werden, zur Aufrechterhaltung des Betriebes doch nicht eignen. Anders verhält es sich jedoch mit der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterschaft, die unser Verband seit seiner Gründung in energischer Weise in Hamburg gefördert hat. Die nationale Arbeiterschaft in Hamburg kann jetzt auf einen Bestand von 5000 Mitgliedern in 20 Vereinen zurückblicken, der ständig an Mitgliedern zunimmt. Um die wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiter, die sich aus den verschiedensten Branchen zusammensetzen, in noch größerem Maße als bisher zu fördern, hat unser Verband für diese das Hamburgische Arbeitersekretariat für vaterländische Arbeiter- und Berufsvereine eingerichtet.

Denjenigen Arbeitgebern, die ihren Betrieb im nächsten Jahre ohne Unterbrechung weiterführen möchten, raten wir, dem Beispiel anderer zu folgen und sich zeitweilen an unser Arbeitersekretariat zwecks Überweisung von nationalen Arbeitern zu wenden, denn die sozialdemokratischen Gewerkschaftler sind prinzipielle Gegner des wirtschaftlichen und sozialen Friedens.

Gleichzeitig richten wir die Bitte an Sie, unsere Bestrebungen durch Ihren Eintritt in unsere neutrale nicht parteipolitische Organisation zu unterstützen. Zu diesem Zwecke behändigen wir Ihnen ein Beitrittsformular. Hochachtungsvoll Hamburgischer Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. J. A.: P. Stahlbuhf, 1. Vorsitzender.

Zweierlei interessiert uns an diesem Brandbrief vornehmlich: einmal, das gerade von dieser Seite doppelt wertvolle Eingekindnis, daß die berufsmäßigen Streitbrecher sich aus Unbrauchbaren, Arbeitslosen usw. zusammensetzen.

So charakterisiert Herr Stahlbuhf die Schüßlinge der Auguste Müller und Konjorten, ohne sich vor dem Staatsanwalt zu scheuen, der jene „besonders nützlichen Elemente“ stets davor bewahrt hat, daß sie beim richtigen Namen genannt wurden. Wenn wieder einmal Anklage wegen angeblicher Streitbrecher-Beleidigung erhoben wird, dürfte es sich empfehlen, den Vorsitzenden des Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als Kronzeugen und — Mittelschuldigen anzurufen. Leider wird die Freude, die uns die Übereinstimmung mit Herrn Stahlbuhf in der sachlichen Beurteilung der Streitbrecherzunft bereitet, dadurch getrübt, daß die von ihm aus der Taufe gehobene „Wirtschaftsfriedliche Nationale Arbeiterschaft“ gar nichts weiter ist als eine neue Streitbrecherfirma. Die Auguste Müller und Konjorten müßten Herrn Stahlbuhf und Genossen mit Aussicht auf Erfolg wegen unlauteren Wettbewerbs verklagen können, wenn wir in wirtschaftspolitischen Dingen, eine völlig unbefangene Justiz hätten. Denn was die Hingeharde berufsmäßig, wenn auch unter der Berachtung aller anständigen Menschen verächtlich, nämlich den heimtückischen Verrat gegen kämpfende Arbeitsbrüder, das soll die „Wirtschaftsfriedliche Nationale Arbeiterschaft“ gewissermaßen als Vereinsport betreiben. Was moralisch minderwertiger ist, wollen wir nicht entscheiden. Zum andern erblickt die positive Sicherheit, mit der Herr Stahlbuhf den Umfang der kommenden wirtschaftlichen Kämpfe prophetisiert. Da die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ über ihre Taktik noch nichts beschlossen haben, bleibt nur die Annahme übrig, daß der Vorsitzende des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entweder ins Blaue hineinspekuliert, oder daß es über die Ausperrungspläne der Unternehmer sehr genau unterrichtet ist!

Schleswig. Soldaten „erziehung“. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand der Unteroffizier K. der 1. Kompagnie des 84. Infanterie-Regiments vor dem Gerichte. Bei einer Zielübung bei Schleswig hatte sich der Musketier Holst ungeschickt benommen und dadurch erregt, hatte der Angeklagte dem H. einige Schläge an den Kopf versetzt und ihn dann gestoßen, so daß er mit der Stirn auf das Gewehrschloß schlug und sich eine blutende Wunde zuzog. Der Vorfall wurde gemeldet und Kr. wurde vom Kriegesgericht der 18. Division zu Flensburg unterm 9. Mai zu 3 Wochen Mittelarrest verurteilt. Kr. legte Berufung ein; das Gericht setzte die Strafe auf 10 Tage Mittelarrest herab. Man sieht wieder einmal, daß es auch beim Militär milde Richter gibt — gegen Soldaten mißhandelnde Vorgesetzte.

Husum. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den vierten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis hat beschlossen, den Genossen E. Meyer-Hamburg als Reichstagskandidaten aufzustellen. Genosse W. Breccour-Riel, der seit 1878 Kandidat war, hatte seine Kandidatur niedergelegt. Die Mitgliederzahl des Kreises beträgt 446. Die Kreiskasse weist in Einnahme 2032,30 Mk., in Ausgabe 1845,46 Mk. auf.

Rostock. Der sozialdemokratische Parteitag für beide Mecklenburg ist vom Landesvorstand zum Sonntag, dem 20., und Montag, dem 21. Oktober, nach Parchim im Lokale des Herrn Jarchow, Langestraße einberufen. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Konstituierung des Parteitages, Wahl einer Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Tagesordnung. 2. Geschäftsbericht. 3. Bericht über die Presse. 4. Die letzten Reichstagswahlen. 5. Die Zoll- und Steuerpolitik. 6. Der internationale Kongreß. 7. Beratung der Anträge. Alle Anträge, die mit veröffentlicht werden sollen, sind bis Montag, den 7. Oktober, an das Rostocker Parteisekretariat einzusenden. Der Parteitag wird pünktlich 2 Uhr nachmittags eröffnet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 28. August.
Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hafens 3—3,50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Dühner 1,60—2,— Mk., Küken Stück 1,00—1,60 Mk., Tauben Stück 50—60 Pfg., Gänse — Pfd. — Mk., Fliedgans — Mk., Schinken Pfd. 1,15—1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,60, Eier Stk. 8½—9 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schlei 1,30—1,40 Mk., Brachsen — 80 Pfg., Hechte Pfd. — Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Mal Pfd. 0,50—1,00 Mk., Karantischen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl der Kopf 30—60 Pfg., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. 100 Pfd. — Mk., Rüschen Pfd. 50—60 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 50 bis 60 Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80—90 Pfg., Spargel 1. Sorte 00—00 Pfg., 2. Sorte 00 Pfg. 3. Sorte 00—00 Pfg.

Getreidepreise. Lübeck, 28. August.
Weizen, 120—127 Pfd. holl. — — Mk., Roggen 114—122 Pfd., holl. 160—170 Mk., Gerste, nach Qualität — — Mk., Hafer, nach Qualität, 160—185 Mk. alter — — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 29. Aug.
Auftrieb 1012 Schweine. Markt sehr langsam. Überfland — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proj., 80.— bis 82.— (64.— bis 65,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proj., 80.— bis 81,00 (64.— bis 65,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proj., 79.— bis 80,00 (61,50 bis 62,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proj., 79,00 bis 80,00 (61,50 bis 62,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proj., 70.— bis 77.— (53,00 bis 58,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proj., 76.— bis 77,00 (61.— bis 61,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70,00 bis 74,00 (54,50 bis 57,50) Mk.

Butter-Notierungen
b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 28. Aug.
1. Klasse 477 Drittel zu 128,51 Mk. im Durchschnitt.
2. „ „ „ „ „ 120,57 Mk.
Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Köwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: J. H. Schwan, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Arzt empfiehlt Mokasan

wegen des Gehaltes an blut- und kraftbildenden Stoffen, wegen der nervenstärkenden Eigenschaften.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Markt 4 Otto Albers** Kohlm. 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

- Reberhosen . . . 2.20—6.45
- Maurerhosen . . . 2.60—6.75
- Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
- Überziehhosen . . . 1.08—2.35
- Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25

Leinene Jacken, Schräge u. gerade, 1.28, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Haltermäntel erlaunlich billig! Kleiden von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Zubecam.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25. Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

Bezirksversammlung für die Mitglieder der Warenabgabestelle

EUTIN

am Sonntag, 1. Sept. 1912 nachmittags 4 Uhr bei Herrn Schröder, Deutsch. Haus. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Genossenschaftsrat. 2. Das genossenschaftliche Versicherungswesen. 3. Genossenschaftliches. Um zahlreichen Besuch der Mitglieder sowohl deren Frauen bittet Der Vorstand.

Schulschreibhefte

mit den neuen Zeichnungen sind zu beziehen durch die Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Stadthallen-Theater

Donnerstag, den 29., und Freitag, den 30. August: 2 Gastspiele der berühmten Trautländerin **Madelaine Tribby** mit ihrer Gesellschaft. Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr. Preise der Plätze: Orchester- und Proszeniumsloge 3.00 Mk. Vorverkauf 2.50 Mk. Parkett- u. Fremdenloge 2.50 Mk. Vorverkauf 2.00 Mk. I. Parkett u. Seitenloge 1.50 Mk. Vorverkauf 1.25 Mk. II. Parkett 1.00 Mk. Vorverkauf 0.75 Mk. Balkon und Parterre . . . 0.75 Mk. Vorverkauf 0.60 Mk. Vorverkauf bei: C. Ross, Kohlmarkt 13, und Otto Borchert, Breite Straße. 2857 Paul Steffen.

Hansa-Theater

Direktion: Gebr. Gollbach. Telefon 610. Heute abend 8 1/2 Uhr. Das große August-Programm. The Conrads Luftgymnastik Les Jolies Exzentrik-Gesang-Quett Frida Bendix Soubrette. Nach der Vorstellung in den neu eingerichteten Räumen: **Kabarett.** Auftreten erstklassiger Künstler. 2875 Entree im Kabarett frei. Vorverkauf bei Sager, Kohlm. Jeden Sonntag von abends 7 Uhr ab: **Konzert.**

Hausfrau verwendet Mokasan

weil es nur 70 Pfennig kostet, sparsam im Gebrauch ist und so kaffeeähnlich schmeckt.

Einladung zum Sommervergnügen

des Arbeiter-Gesangv. Vorwärts Schwartau-Mensfeld bestehend in Konzert, Preisschießen für Herren und Damen und Ball am Sonntag, den 1. Sept. im Lokale des Herrn Piquardt, Hotel Kronprinz. Anfang des Schießens 2 Uhr. Ballanfang 6 Uhr. Das Komitee. 2866 Alle umliegenden Bundesvereine sind hiermit freundlich eingeladen.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Burkin, Schlaf- u. Beisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlüppe etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter • Zur Beachtung • Geschäfte • empfohlen

Kenner bevorzugen **das gute Lübecker Bürgerbräu** Aktienbierbrauerei Lübeck

Abzahlungs-geschäfte
Auf Teilzahlung in kleinen Raten pro Woche oder Monat **möbel** sowie Herren-, Damen- u. Kinder-Garderoben etc.
Siegfried Timmann Breite Straße 33, 1. Etage.

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik **Rich. Spangenberg** Lindenstr. 20-22, Fernruf 256 „Juwelbrot“ wätkemerkmal Kraft- u. Nährwert Backwaren jeglicher Art.

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann Schlachtersi Markt 7 Kohlm. 4 Telefon 8823

Kinotheater
Metropol-Theater Nur Breitestr., beim Rathauso Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4-11 Uhr. Jeden Sonnabend u. Mittwoch neues Programm. Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Meierei
HANSA-MEIEREI Lübecks Amme Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Thüringer Wurstfabrik Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik **August Scheere, Lübeck** Beim Röttelstr. 14 Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Aluminium-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Gradenöfen
Adolf Borgfeldt Fernruf 72 Mühlenstr. 35-49

Brauereien
Trinkt **Adler-Biere**

Herm. Miljes Schlüsselbadn Nr. 30
Herrn. Spangenberg Fabrikmeister Fleisch- u. Wurstwaren Schwartauer Allee 69

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater Breitestr. 13 neben Hansa-Café Größtes, am besten ventilirtes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Möbelmagazin
Herm. Rist Hundestr. 13. billigste Bezugsquelle Big. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm. Uhren-Rep.-Werkstatt Paffenstraße 4.
A. Matern Schweizer Uhren-Rep.-Werkst. Beckerg. 43 v. a-7, RathenbergsVarietä

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers Markt 4 Kohlm. 10 Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art.

H. Lück Brauerei zur Walkmühle
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

Garten-Sämereien
Friedrich Michael Breitestr. 49

Theater
Besucht das **Varieté International** Untertrave 63

Musikinstrum.
Meyer & Eggert Königstraße 116.

Eutin
Deutsches Haus Kielerstr. 7 hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen. **Paul Schröder.**

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidg. Hüte und Hülsen.

Kieler Schloßbräu Vertreter für Lübeck und Umgegend: **Fr. Kropf, Brauerei Oschbar** Glockengießerstraße 57.

Gesundheits-Brot
Verlangt **Simonsbrot** Vollkornbrot a. reinem Roggen. Magnesiumsulfid und Zinktrioxid - ärztlich empfohlen! - Erhältlich in 30 Niederlagen.

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson Sattler, Sandstr. 8 Portemonnaies Lederwaren Brieftaschen Ränzel Schultaschen Rucksäcke Reit- und Fahr-Artikel

Öfen und Herde
F. STEEN Wahnstraße 58 Irdenes Gebrauchsgeschirr

Schlutup
Otto Liebenow Uhren, Goldwaren, Musikwerke - Eigene Reparaturwerkstätte. **W. Richter** Uhren u. Goldwaren Reparaturwerkstätte

Bäckereien
Heinrich Alstr. 22

Pflanzen-Batter
Beihilfe-Eigenschaft Pflanzenbatter Edel Margarine **Heinrich** das Pfund 88 Pf. **Otto H. C. Voigt** Johannstraße 22

Glas und Porzellan
ARNOLD BERG Breitestr. 35.

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 68. Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche. **Ernst Wehde** Beckerg. 33 Hüte, Hülsen.

Photographien
Samson & Co. Breitestr. 39. Erstes Atelier mit billigen Preisen - Amateur Bedarfartikel.

H. Vetter Gastholz-Post Empfehlungsw. Lokal. **Hugo Krogmann** Photographisches Atelier. **Ad. Saborowski** Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr Untertrave 31 Cigarren, Cigaretten, Pfeifen. **L. Meyer** Heinenstraße 42

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co. Sandstr. 18 Tel. 387

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse Inhaber: Paul W. Pötger Schlüsselbadn 21 **Kaffee's** ständlicher Preislagar von Markt 1.69 an

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750. Verlassen Sie **Buntekuh-Kümmel** **L. Meyer** L. Fa. Hopp & Lissartz Hürstr. 105, Tel. 1070

Tapeten
Fritz Rehm Beckerg. 20.

Schwartau
Herm. G. Schmidt Markt 18 Uhren, Goldwaren u. Reparaturen. **Adler-Drogerie** Inh. Hans Grampp Farben, Lacke, Kräftigungsmittel. **Alb. Gleich** Schlachterei ff. Fleisch- u. Wurstwaren **A. Klümper** Schuhwarenhaus Markt 17. **Rob. Pinkert** Verkehrslokal der freien Gewerkschaft. **L. Schaap** Manufakturwaren Arbeitergarderobe.

Der praktische Wegweiser ist den Lesern des „Lübecker Volksboten“ ein zuverlässiger Führer bei allen Einkäufen. empfehlenswerter Geschäfte Gell. Anmeldungen zur Beteiligung werden an die Expedition erbeten.

Prämien für Brotausfuhr.

Die Einfuhrscheine werden dem deutschen Reich 1912 eine Summe kosten wie noch nie zuvor. Bis Ende Juli 1912 beträgt die Summe der Zölle, welche durch Einfuhrscheine beglichen wurden, schon 71 683 741 Mark, das sind für die ersten sieben Monate des laufenden Jahres rund 16 Millionen Mark mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Jahre 1894 wurde der Identitätsnachweis der Wiedereinfuhr des Getreides, welches bei der Ausfuhr einen Einfuhrschein erhalten, im agrarischen Interesse aufgehoben. Seitdem, bis Ende Juli 1912, hat das deutsche Reich, respektive haben seine Zollkassen für 820,6 Millionen Mark Zöll, den sie zu erheben hatten, die Einfuhrscheine erhalten, welche sie selbst vorher erst ausgestellt!

Im einzelnen haben die Einfuhrscheine folgende Entwicklung genommen:

Der Zoll wurde durch Einfuhrscheine beglichen:	
1894 6 756 000 Mk.	1904 31 881 000 Mk.
1895 7 124 000 "	1905 38 519 000 "
1896 7 540 000 "	1906 56 744 000 "
1897 10 900 000 "	1907 53 956 000 "
1898 15 982 000 "	1908 99 262 000 "
1899 20 130 000 "	1909 100 872 000 "
1900 22 199 000 "	1910 122 353 000 "
1901 15 088 000 "	1911 104 880 000 "
1902 14 933 000 "	1912 71 684 000 "
1903 21 357 000 "	(Jan. bis Juli)

Das Einfuhrscheinsystem ist von Jahr zu Jahr mehr als selbstverständliches Preiswuchermittel von den Agrariern benutzt worden. An dieser Wirkung ändert weder der Umstand etwas, daß ein Teil der ausgestellten Einfuhrscheine tatsächlich nur zur Wiedereinfuhr — über ausländische Wasserstraßen — deselben Getreides benutzt wird, noch die „berühmten“ Reformen des Systems, welche die Benutzungzeit der Einfuhrscheine auf drei Monate kürzen und ihre Verwertung bei der Kaffee- und Petroleumzufuhr ausschließen. Für beide Fälle hat dieselbe Regierung, die diese Änderungen als großzügige Reformen hinstellte, in ihrer eigenen Denkschrift von 1910 schon eine vernichtende Antwort gegeben. Dort stellt sie — nämlich fest, daß diese Änderungen völlig bedeutungslos sind!

Die Schmach der Einfuhrscheine wird dadurch noch besonders groß, daß tatsächlich seit Jahren im besonderen die Roggenzufuhr viel, viel geringer ist als die Roggenausfuhr. So mußte es auch kommen, denn die Ausfuhr ist für die Agrarier das rentabelste Geschäft, was man sich denken kann. Dafür nur ein Beispiel. Nehmen wir an, die Tonne Roggen kostet in Dänzig 160 Mk., in Kopenhagen 130 Mk. Die Transportkosten des deutschen Roggens nach Kopenhagen pro Tonne 10 Mk. Das Exempel sieht dann so aus:

100mal 130 Mark gleich	13 000 Mk.
davon ab Frachtkosten:	
100mal 10 Mk. gleich	1 000 "
gewonnener Preis	12 000 Mk.
dazu Einfuhrscheine:	
100mal 50 Mark gleich	5 000 "
Gesamtgewinn (reiner Verdienst)	17 000 Mk.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(7. Fortsetzung.)

„Und hat darauf gehalten, daß die liebe Sprache in Ihrer Familie erhalten blieb!“ fiel ihr Reichardt erregt ins Wort.

„D, da geht es schon los — preußisch oder was es sonst sein mag.“ rief die Brünnette dazwischen, „aber ich muß dagegen protestieren. Wir gehen jetzt zum Piano, da ist eine Sprache, die jeder versteht, sonst ist eine halbe Stunde später die ganze Gesellschaft uns wieder auf dem Halse!“

Reichardt warf noch einen Blick in die tiefblauen Augen, die jetzt doppeltes Interesse für ihn hatten, und verneigte sich, um die Mädchen voranzugehen zu lassen, fast wirkte es aber wie ein Dämpfer auf seine augenblickliche Stimmung. Als ihm hinterdrein schreitend der Reichardt, welcher selbst die einfache Promenaden-Toilette seiner Begleiterinnen auszeichnete, in die Augen fiel.

Er wollte eben, den letzteren nach, das Versammlungszimmer betreten, als ein lautes „Hi! Hi!“ in seine Ohren klang und er, sich umdrehend, den alten Musikdirigenten erblickte, der vom hinteren Eingang der Halle aus ihm mit beiden Händen zuwinkte. Jetzt konnte Reichardt unmöglich gehen — übrigens begriff er auch nicht, was der Mann schon von ihm wollen konnte. Er wandte den Blick ab und folgte den jungen Damen, welche sich bereits Stühle in die unmittelbare Nähe des Flügels gezogen hatten. Kaum saß er in dessen selbst vor der Klaviatur und hatte prüfend eine rauschende Kadenz über die Tasten laufen lassen, als er, wie instinktmäßig, die Nähe des Alten fühlte. Er blickte auf, und da fand richtig die kleine Figur halb verborgen in der offenen Tür, energisch winkend und zur Verstärkung eine eindringliche Grimasse schneidend.

„Entschuldigung für einen Augenblick, Ladies!“ rief Reichardt, sich rasch erhebend, während das Gesicht von der Tür verschwand. Er eilte nach der Vorhalle, an deren hinterem Ausgang ihn der alte Musiker bereits erwartete. „Was gibts denn so Notwendiges,“ fragte er, „daß Sie mich nicht die Paar Minuten ungestört lassen können?“

„Der Donner! Ich habe Sie schon seit zwei Stunden!“ war die ärgerliche Antwort. „Sie wissen doch wohl, daß Sie von den Reels und Hornpipes“ noch keinen Begriff haben, und jede Viertelstunde benutzen sollten, um sie in die Finger zu kriegen? Bei der Art Musik hilft ihnen all Ihr Blattspielen nichts: auswendig lernen heißt es, sonst tut es der

Werden die 100 Tonne Roggen zu 160 Mark in Deutschland verkauft, so sind immer erst 16 000 Mark verdient — die Ausfuhr hat sich mit 1000 Mark bezahlt gemacht. Die Kosten trägt die Reichskasse, sie gibt nicht nur all das Geld wieder aus, was sie bei der Einfuhr von Roggen als Zoll erhält — die Ausfuhr ist ja beträchtlich größer! — nein, sie gibt aus den übrigen Zolleinnahmen noch Millionen hinzu! Nur damit im Auslande das deutsche Brotgetreide billig losgeschlagen wird, zum anderen bei uns Wucherpreise möglich werden, und die Agrarier und Großgetreidehändler ihr Extraverdienst haben!

Dabei muß beachtet werden, daß es mit den Einfuhrscheinen Jahr um Jahr immer schlimmer wird! Die kürzlich durch die Parteipresse gegangene Vorschätzung an Ausgaben für Einfuhrscheine ist durch die Tatsachen schon jetzt überholt!

Dazu kommt noch, daß abgesehen von dem bauern- den Konflikt mit Rußland, der durch die Einfuhrscheine entstanden ist und bei der kommenden Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages eine große Rolle spielen wird, jetzt auch mit den Vereinigten Staaten wegen derselben Sache handelspolitische Kontroversen entstanden sind! Amerika hat beschlossen, auf deutsches Weizen- und Roggenmehl, ebenso auf Spitzberben einen Ausgleichszoll als Extrazuschlag zu erheben, weil Deutschland auf diese Waren — Ausfuhrprämien in Gestalt von Einfuhrscheinen gewährt.

In der Regierungsdankschrift über die Einfuhrscheine ließ Bethmann-Hollweg 1910 schreiben: „Einigkeit ist (in der Einfuhrscheinsfrage) soweit erkennbar, nur auf Seiten der Landwirtschaft vorhanden, und zwar in dem Wunsch, daß an den geltenden Vorschriften so wenig wie möglich geändert werden möge.“ Das deutsche Volk, mit Ausnahme der 25 000 Großgrundbesitzer ist sich darin einig, daß die Einfuhrscheine zu den niederträchtigsten Mitteln der Volks- und Staatsauswucherung gehören, und daß sie deshalb beseitigt werden müssen!

Unsere Finanzen.

Weißt auch der diesjährige Kassenabluß der sozialdemokratischen Partei nicht einen Überschuß auf, so kann er gleichwohl als besonders ungünstig nicht bezeichnet werden. Jedenfalls hat im Jahre der Reichstagswahlen wohl niemand ein günstigeres finanzielles Ergebnis erwartet. Der Ausgabenposten „Wahlagitator“, der im vorjährigen Abluß nur mit 59 091,25 Mk. verzeichnet steht, weist in diesem Jahre eine Steigerung auf 910 977,82 Mk. auf. Das ist fast doppelt so viel, als im Jahre 1907 für die Reichstagswahlen aus der Hauptkasse verausgabt wurde. Damals kostete die Wahl der Hauptkasse 459 501,60 Mk. und 1908 gar nur 282 058,05 Mk. Wenn trotz dieser hohen Aufwendung für die Wahlagitator nur 233 957,45 Mk. dem Vermögen entnommen zu werden brauchten, und wenn in Rücksicht darauf, daß der diesjährige Kassenabluß den vorjährigen um 177 982,04 Mk. übersteigt, sich nur ein reines Defizit von 56 025,41 Mk. ergibt gegen 166 802,97 Mk. im Wahljahre 1907, so ist das nur der Erhöhung der Einnahme, die 25,3 Prozent beträgt, zu danken. Insbesondere haben die Geschäfte erheblich höhere Überschüsse der Parteikasse zugeführt, auch sind etwa 130 000 Mk. mehr Darlehne zurückgezahlt als im Vorjahre. Die Verzinsung der betriebenen Parteigeschäfte zur regelmäßigen Zinszahlung hat auch die Einnahmen an Zinsen nicht unerheblich gesteigert.

Die Ausgaben sind auf 1 753 656,26 Mk. gestiegen gegen 897 180,48 Mk. im Vorjahre, eine Steigerung von 95,4 Proz. Abgesehen von den Wahlausgaben weisen die einzelnen Posten eine normale Entwicklung auf. Die Mehrausgabe für Allgemeine Agitation zeigt, daß auch außer der Wahlagitator die Agitationstätigkeit mit gewohntem Eifer betrieben worden ist. Der Kursus der Parteischule ist in Rücksicht auf die Wahl ausgefallen, daher die geringe Ausgabe dafür. Die Minderausgabe für das Pressebureau ist nur eine rechnerische, da im Vorjahre die Rückzahlungen unter „Vermischte Einnahmen“ gebucht wurden, während in dem diesjährigen Abluß die Ausgabe nach Abzug der Rückzahlungen eingestellt worden ist. Tatsächlich ist ein höherer Zufluß geleistet als im Vorjahre. Die Steigerung der Ausgaben für die „Partei-Korrespondenz“ und das Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen ist auf den weiteren Ausbau dieser Institutionen und nicht zum geringsten auch auf erhöhte Leistungen im Wahlkampfe zurückzuführen. Der Rückgang in der Ausgabe für Darlehnskonto erklärt sich daraus, daß mehrere Darlehnsgefuche von Parteigeschäften im Hinblick auf die Reichstagswahl abgelehnt werden mußten. Die Ausgabe für Pressezuschüsse weist eine geringe Steigerung auf. Sie verteilt sich auf die einzelnen Blätter wie folgt:

Aachen, „Rheinische Zeitung“	500,— Mk.
Berlin, „Blindenorgan“	450,— "
Danzig, „Volksmacht“	4 847,85 "
Rassel, „Volksblatt“	5 262,50 "
Rattowitz, „Gazeta Robotnicza“	12 100,— "
Rönigsberg, „Königsberger Volksztg.“	7 000,— "
Krefeld, „Volkstribüne“	7 392,— "
Lüdenscheid, „Volksstimme“	4 750,— "
Lüneburg, „Volksblatt“	500,— "
Mülhausen i. E., „Mülhauser Volkszeitung“	10 665,50 "
Nordhausen, „Nordhäuser Volksztg.“	1 000,— "
Strasbourg i. E., „Freie Presse“	15 400,— "
Ausländische Parteiblätter	9 816,42 "

Summa 79 684,27 Mk.

Der ungewöhnlich hohe Kassenbestand am Jahresabluß ist dadurch entstanden, daß alle Beitragszahlungen der Wahlkreisorganisationen, die bis zum 15. Juli d. J. eingingen, noch für das abgeschlossene Geschäftsjahr gebucht sind. Über die Wahlausgaben, Beitragsentnahmen und Zahlungen an die Hauptkasse geben die dem Bericht beigefügten Tabellen Auskunft. Der Jahresabluß der Hauptkasse ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.

Abluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 mit Zahlen des Vorjahres im Vergleich.

Einnahme.	1910/11		1911/12	
	Mark		Mark	
Beiträge a) der Organisation	911 639,41		890 797,53	
b) sonstige	—		65 468,54	
„Vorwärts“	139 385,—		231 451,80	
Buchhandl. „Vorwärts“	40 000,—		50 000,—	
„Wahre Jakob“, „Neue Zeit“ und „Gleichheit“	30 000,—		67 866,50	
Nordische Wajerkante und K. D. B.	80 014,57		52 133,50	
Darlehnskonto	73 018,30		208 653,10	
Zinsen	47 044,30		81 871,63	
Diverse	36 660,04		4 393,05	
Gesamteinnahme	1 357 761,62		1 697 630,85	
Dem Vermögen entnommen	—		233 957,45	
Bestand am Jahresbeginn	70 062,34		39 626,22	
Summa	1 427 523,96		1 971 214,52	

miserabelste Nigger besser, und wir können uns heute abend austreten lassen!

„Sie sollen nicht ausgelacht werden!“ erwiderte Reichardt mit einem halbverdrüßlichen Lächeln, „zeigen Sie mir, was gespielt werden soll, und kümmern Sie sich dann um nichts weiter; aber kommen Sie rasch!“ Er sprang dem Alten, der ihm kopfschüttelnd folgte, voran die Treppe hinauf. Noch aber waren keine zehn Minuten vorüber, als er mit leichten Sprüngen wieder herabgeeilte kam und sich dem Versammlungszimmer zuwandte. Der Raum war leer; auf dem Flügel aber lagen noch die Strohhüte und Handschuhe der jungen Mädchen. Reichardt warf sich auf den Sessel vor das Instrument und ließ die geräuschvolle Einleitung eines modernen Salonstückes erklingen. Nach wenigen Minuten rauschten auch die beiden Verschwundenen wie zwei wilde Vögel ins Zimmer. Ohne sich aber an sein Spiel zu kehren, rief ihm die Brünnette schon von weitem zu: „Was ist das, Str? wir haben nach Ihrem Namen im Fremdenbuche gesucht und können keine Spur davon finden!“

Reichardts Finger erlähmten — er wußte, daß jetzt seine Rolle zu Ende war. Langsam erhob er sich. „Weshalb suchten Sie nach meinem Namen?“ fragte er und veruchte ein Lächeln, als belustigte ihn die Szene, welche nun folgen werde, schon im voraus.

„Ich wollte ihn geküßelt sehen, um ihn merken zu können — ganz einfach!“ erwiderte sie, während ihr Auge in einer Art Spannung auf seinem Gesichte ruhte.

Und ebenso einfach ist es, daß Sie ihn nicht im Fremdenbuche finden konnten, Miß. Ich bin heute mittag mit den Musikern gekommen, werde die Ehre haben, Ihnen heute abend zum Tanz zu geigen, und gehöre somit nicht unter die reiche, fashionable Gesellschaft, welche das Buch enthält!“ Er hatte die Worte leicht und lustig sprechen wollen, fast aber klang es wie Selbstverhöhnung dazwischen durch. Er sah, wie die Fragerin leicht erbleichte, wie dann ein plötzlicher Spott sich um ihre Lippen legte, und wartete nur auf die dazu gehörige Äußerung, um seine Rolle mit dem nötigen Effekte zu Ende zu bringen — nach den blauen Augen hinter der Sprecherin hatte er nicht den Mut zu bliden.

„Und wie lange treiben Sie schon das Geschäft, Str?“ fragte die Brünnette, deren Blick jetzt seine Erscheinung überflog, als betrachtete er eine Merkwürdigkeit.

„Mache erst heute den Anfang damit, Miß, hoffe aber trotzdem, daß Sie mit mir zufrieden sein werden!“

Sie schüttelte den Kopf, der Spott verschwand aus ihrem Gesichte, und die Hand auf den Flügel legend, trat sie einen raschen Schritt näher. „Sie werden das nicht tun und guten Rat annehmen, Str.“ sagte sie bestimmt. „Sie werden es

ichon nicht tun, weil ich mich sonst schämen müßte, Sie als Gentleman behandelt zu haben — bei uns fiedelt nur der Regier zum Tanz, und Sie werden sich nicht selbst in eine Klasse mit diesen setzen wollen!“

„Wird doch im Augenblicke nicht anders werden, Miß, so sehr ich auch begreife, wie unangenehm Ihnen jetzt unser Zusammentreffen sein muß,“ sagte er ruhig. „Ein junger Mann, der hier erst seinen Weg beginnt, hat meist nicht die Wahl, wie er seine Kenntnisse verwerten möchte — von solchen Tagen wissen Sie allerdings nichts. Übrigens sind wir hier nicht in Tennessee, und ich sehe nichts Entwürdigendes in der Beschäftigung.“

„Aber Sie können in anderer Weise Geld genug mit der Musik verdienen,“ unterbrach sie ihn eifrig, „warum denn gerade zu einem Wege greifen, auf dem man Sie nicht einmal kennen darf?“

„Habe's nicht ändern können, Miß, und muß jetzt meinen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen.“

Ihre Augen ruhten einige Sekunden unruhig in den seinigen.

„Sie bleiben also dabei?“ fragte sie. Dann aber drehte sie sich wie im aufwallenden Zorne um und sagte die Hand ihrer Begleiterin. „Komm, Margaret, wir sollen nicht haben als unsere Menagerie, da belügen uns aber wenigstens die Gesichter doch nicht!“ rief sie und zog das junge Mädchen mit sich zur Tür hinaus. Reichardts Blicke aber waren bei ihrem Wegdrehen Margarets Augen begegnet die mit einem Ausdruck von so reger Teilnahme auf ihn ruhten, daß er den Blick warm bis ins Herz zu fuhlen meinte.

Langsam war Reichardt nach dem Zimmer unter den Dache in Kongreg-Hall hinaufgestiegen, das er mit einer Gefühl der Erleichterung leer fand, und warf sich hier an den nächsten Stuhl, um sich einen Moment seinen Empfindungen zu überlassen. Vor ihm stand bald die schlanke, vollhaarige Burton mit ihrem dunkeln leuchtenden Blicke, die ihm so viel zu erzählen schien, als er nur darin hätte lesen mögen; bald trat er das frische, lachende Gesicht ihrer Begleiterin hervor, und er hätte sich versetzen mögen in die Tiefe dieser milden, blauen Augen; nach kurzem aber sprach er kräftig von seinem Sitze auf. „Alles Unsinn!“ rief er einen Gang durchs Zimmer machend, „höchstens gut, um meinen künftigen Weg selbst noch zu erschweren. — Nur der Regier fiedelt zum Tanz,“ fuhr er stehen bleibend fort, „ist die richtige Arznei, und ich werde daran denken, wenn ich einmal wieder in Versuchung komme, den Gentleman zu spielen — vorläufig aber sollen sie doch einmal eine Pr-

Table with 3 columns: Item, 1910/11, 1911/12. Rows include Allgemeine Agitation, Parteischule, Pressebureau, etc.

Summa . . . 1 427 823,96 1 971 214,52
Berlin, den 30. Juni 1912.
Revidiert und richtig befunden
Die Kontrollkommission.

Anträge zum Parteitag in Chemnitz am 15. September.

- Tagesordnung des Parteitages.
1. Steglitz: Auf die Tagesordnung des Chemnitzer Parteitages ist die bürgerliche Jugendpflege in Deutschland als besonderer Punkt zu setzen.
2. Teltow = Beeskow = Storkow = Charlottenburg: Als 7. Punkt der Tagesordnung zu setzen: a) Steuerfragen; b) die Steigerung der Lebensmittelpreise.

- 7. Solingen, Kiel und acht Genossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Mit Rücksicht darauf, daß die Demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, wird der Parteivorstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter diesen Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern.
8. Sondershausen: Der Parteitag möge beschließen, den Frauentag in Zukunft im März stattfinden zu lassen.
9. Genosse Kolb in Würzburg: Der Parteivorstand möge in den Wahlkreisen, die eigene Parteisekretäre besitzen, speziell in allen städtischen und industriellen Wahlkreisen oder womöglich in allen Kreisen des Reiches, in denen die sozialdemokratische Stimmenzahl über 25 pZt. aller Wähler beträgt, eine soziale Gliederung der Wählerchaft veranlassen und danach die Agitation einrichten lassen.

- 22. Duisburg: Der Parteitag möge für ganz Deutschland einen Einheitsbeitrag in Höhe von mindestens 40 Pfg. pro Monat festlegen.
23. Hartmannsdorf: Die progressive Beitragsleistung einzuführen.
24. Niederbarnim: Im § 5 der Vorlage zum neuen Organisationsstatut, sechste Zeile hinter „5 Pfg.“, ist einzusetzen: „in Kreisen, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden, sind zunächst Ausnahmen zulässig. Doch dürfen die Beiträge nicht geringer sein, als im bisherigen Organisationsstatut angegeben.“
25. Kassel: Im § 5 des Organisationsstatuts der Sägen 1 und 2 folgende Fassung zu geben:
§ 5: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder wöchentlich 10 Pfg., für weibliche Mitglieder wöchentlich 5 Pfg.

vom Fiebeln bekommen! Er öffnete seinen Violinfalt, ludete ein Notenheft unter dem Rad der dahliegenden Musikalien heraus und machte sich fertig, um an die ihm vorgeschriebene Übung zu gehen.
Das „Supper“ war vorüber, und in dem großen Saale, welcher der frühen Abendluft nach allen Seiten hin den Zutritt gestattete, promanierten bereits zahlreiche Paare in glänzender Toilette, der Musikler harrend, welche jedoch von den Überbleibseln des Mahles ihren Hunger stillten. Reichardt hatte das nötige Bedürfnis befriedigt und eilte noch einmal nach dem gemeinschaftlichen Zimmer hinauf, um das nun ihm gebrauchte, zurückgelassene Notenheft zu holen, während die übrigen sich fertig machten, um ihre Plätze im Saale einzunehmen. Das fehlende Heft war schnell gefunden, und der junge Mann schlug einen Weg durch die Korridore ein, welcher ihm der nächste nach dem Saale zu sein schien, sah aber bald, daß er ans Ende eines Ganges kam und die Treppe verließ haben wüßte. Er wollte sich eben auf dem weichen Teppiche, welcher jeden Schritt unhörbar machte, zurückwenden, als aus dem nächsten nur teilweise geschlossenen Zimmer es ihm wie eine halbblut gehaltene Pfeilspitze entgegenklang. Unwillkürlich blieb er bei dem lauternden Klange stehen und horchte. Es lebt noch etwas in Ihnen, teure Schwester, was dem Worte, das an Ihr Herz pocht, entgegensteht! hätte er. Christus ist wohl in Ihnen, aber die Welt mit ihren Begrißen und Leidenschaften ist noch tiefer in Ihrem Herzen. Wenn erst Christus ganz in Ihnen zum Durchbruch gekommen sein wird, denn werden Sie mit derselben brüderlichen Liebe, mit welcher er die Seinigen umringt, den Fremden entgegen und ihn zurückgeben, dann werden Sie in den stillen Stunden, die wir einem Dienste widmen, an das eine denken, daß nur die Liebe eigen sind, welche sich ohne Vorbehalt ergeben, und daß die Liebe, wie sie keine Ausenwärtigen umschlingen soll, eher Heiligung bringt!

des Tanzlokals erreicht und schritt dort, ohne sich umzublicken, nach dem erhöhten Platze, welchen seine Kollegen bereits eingenommen. Erst von hier aus übernahm er die durchsichtiger werdende Gesellschaft, und entdeckte bald seine früheren Gesellschafterinnen, strahlend in der lustigen, reichen Balltoilette. Harriet in sichtlich sprudelnder Laune wanderte am Arme eines jungen Mannes durch den Saal, und schien durch ihre Bemerkungen einen ganzen Trupp anderer, welche dem Paare folgten, in die heiterste Laune zu versetzen; nicht einmal hob sich ihr Auge nach dem Orchester, so scharf sah auch Reichardts Gesicht im Vorbergrunde von den übrigen Musikern abgetrennt. Margaret dagegen ging an dem Arme eines älteren Mannes, welchem sie eifrig zu erzählen schien, und hier glaubte Reichardt zum öfteren einen halbverdeckten Blick von ihr wie von ihrem Begleiter aufgefangen zu haben.
Wir geben zuerst ein Stück Unterhaltungsmusik, zügelte der kleine Dirigent dem jungen Manne zu, es ist noch etwas zu früh zum Tanzen, und wir zeigen gleich, daß wir auch etwas Ordentliches leisten können; so etwas hilft zur Rekommandation. Nr. 4, das Solo, das wir gestern probiert haben.
Reichardt nickte nur und blätterte sein Notenheft auf; er wußte, der Alte wollte mit seinem Spiele Staat machen, kaum hätte dieser ihm aber im Augenblicke einen größeren Gehallen erweisen können. Nr. 4 war nichts anderes als Grups „Elegie“, welche, aus dem Nachlasse eines verstorbenen Geigers in die jetzigen Hände gelangt, hier tot gelegen hatte, von Reichardt aber beim Durchspielen des Musiknotratts schnell genug aufgefunden worden war. Es war nur Quartettbegleitung dazu, aber Reichardts großer schöner Ton hatte trotzdem den Allen schnell den Effekt, welchen die Piece hervorbringen mußte, erkennen lassen.
Die Einleitung begann, ging aber unter dem Lachen und Schwaßen der promenierenden Gesellschaft unter, und erst als die Töne des Solos, mit jeder Note sich mehr heraushebend, in wahrer Großartigkeit des getragenen Spiels sich geltend machten, blieben einzelne Paare stehen und begannen aufmerksam zu horchen; bald indessen war der Zuhörerkreis größer, die lautesten Lacher wurden zur Ruhe gestimmt, und in kurzem hatte die Nacht des Konzerts eine volle Stille geschaffen. Reichardt warf einen Blick über seine Noten hinaus und sah ringsum die Augen auf sich gerichtet; eine tiefe, schmerzliche Genugtuung lag in seinem Herzen an; mit einer Leichtigkeit, die er früher kaum gekannt, führte er die besonnenen Passagen durch, brachte er den Charakter der Komposition zu vollen, ergreifenden Wirkung, und als er endlich den letzten Halt hatte verlingen lassen, als er unter dem lebhaften Applaus aufstah, traf sein Blick Margarets

Auge, die noch wie in voller Selbstvergessenheit zu ihm auf sah, und ihm wurde es plötzlich, als wisse er jetzt, warum ihm das Klagen seiner Violine selbst so viel Genugtuung gegeben. Hinter ihm aber rief sich der Alte befriedigt die Hände und schickte sich an, das Orchester zu verlassen, um die Gelegenheit zur Rekommandation warm zu benutzen; wie er dem jungen Manne in die Ohren flüschelte. Diesem trat, um ihn den Weg frei zu machen, hinab in den Saal, wo bereits die Promenade wieder in vollem Gange war; noch hatte er aber hier, die Augen in das Gewühl gerichtet, keine Minute gestanden, als dicht an seiner Seite zwei Damen vorüberrauschten und er sich zugleich ein Stück Papier in die Hand gedrückt fühlte. Nur im Fluge konnte er Harriets Gesicht erkennen, das aber, dem lebhaften Gespräch hingegeben, von einem Gedanken an ihn am wenigsten zu wissen schien. Reichardt trat auf das Orchester zurück und entfaltete den Zettel. Er enthielt nur zwei mit Bleistift hingeworfene Zeilen:
„Gut, sehr gut! aber was hilft's? Bei der ersten Quardrille ist der Nigger dennoch da!“
Reichardt biß sich auf die Lippen, seine warme Stimmung verchwand wie unter dem Sturzhaue. Sein Blick flog durch den Saal, während sich das Papier in seiner Hand zerknitternd zusammenballte; dort stand sie, lachend und konversierend, als habe sie von seiner Zirkelnz keine Ahnung — er hätte sie gern hassen mögen, wäre sie nur in dieser Balltracht, die der Geschmack selbst arrangiert zu haben schien, nicht so sinnberührend schön gewesen. Aber er bestielt keine Zeit zu langem Grübeln, ein lautes Klatschen wurde hörbar, der kleine Dirigent kam in raschem Schritte auf das Orchester los, und die Paare flogen durcheinander, um sich zur Quadrille aufzustellen. Reichardt griff nach seiner Geige, entschloß sich, durch keinen unnützen Gedanken mehr stören zu lassen, und mit dem Zeichen zum Beginn ließ er den aufgelegten „Reel“ über die Saiten laufen, als gälte es, ein Bravourstück zu spielen, neben ihm stand der alte Musiker und rief die Töne aus, unten rauschten die Paare durcheinander — der Anfang, den er fast gefürchtet, war überwunden, und nun fühlte sich Reichardt leichter. Mochten ihn jetzt die Menschen für einen gewöhnlichen Fiedler nehmen, er konnte es nicht ändern, er verdiente sein Brot damit, und eine andere Zeit für ihn mußte auch einmal kommen. Trotzdem aber hätte er jetzt das Auge nicht über die Tanzenden werfen mögen; immer war es ihm, als müßte er denselben halb zornigen, halb spöttischen Blick, mit welchem Harriet am Nachmittage von ihm gegangen war, oder dem mitleidigen Auge Margarets begegnete, und er konnte jetzt beides nicht brauchen.

37. Kueh l. E., Langenbielau, Hamburg II, Oldenburg, Frankfurt a. M., Hof: Der letzte Absatz des § 7 wird wie folgt gefasst: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben nur beratende Stimme ufm.

38. Königsberg i. Pr.: § 7 Absatz 2: Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission haben in allen die geschäftliche Leitung betreffenden Fragen, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die vom Parteivorstand bezuhen Referenten und Vertreter von Parteistatuten in allen Fragen nur beratende Stimme.

39. Bremen: Den zweiten Absatz des § 8 wie folgt zu fassen: „Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt; jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgeführten Stimmen erforderlich.“

40. Stuttgart: Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt; jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgeführten Stimmen erforderlich.

41. Altona: Bei Abstimmungen auf dem Parteitag über wichtige Organisations- und Prinzipienfragen sowie bei Wahlen entscheidet die Mitgliederzahl, die ein Delegierter vertritt.

42. Breslau-Land, Ohlau-Strehlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau-Neiße, Brieg-Ramslau, Dels-Wartenberg, Neustadt i. Oberchl.: Die Delegationskosten zu den Parteitagen trägt die Zentralkasse. Der Parteivorstand ist berechtigt, zur Deckung der Delegationskosten einen Extrabeitrag von 5 Pfg. pro Mitglied durch die Bezirksverbände zu erheben.

43. Kassel, Wanzeleben und der 18. sächsische Wahlkreis: Dem § 14 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben:

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und fünf Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl aller Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

44. Königsberg: § 14 Absatz 1 Satz 2: Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und vier Beisitzern.

§ 14 Absatz 2 Satz 1: Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel ufm.

§ 14 Absatz 3 fällt fort.

45. Hanau und 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Elberfeld-Barmen, Leipzig, 7. sächsischer Wahlkreis, Niederbarnim: Zu § 14 des Statuts: Der Parteivorstand ist durch die Wahl von mindestens fünf weiteren unbesoldeten Beisitzern zu verstärken. Die Wahl sämtlicher Beisitzer erfolgt wie bei den übrigen Vorstandsmitgliedern durch den Parteitag.

46. Nürnberg, Braunschweig und Solingen: Der Parteivorstand ist um 5 bis 7 ehrenamtliche Mitglieder zu vermindern. Die Wahl der gesamten Parteivorstandes ist auf dem Parteitag vorzunehmen.

47. Nordhausen: Den Parteivorstand um mindestens sechs und höchstens neun stimmberechtigte, unbesoldete Beisitzer zu verstärken, die:

- a) vom Parteitag aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands zu wählen;
- b) zur Beratung politischer Fragen heranzuziehen sind, und zwar mindestens einmal monatlich;
- c) mit Dreiviertel-Mehrheit beschließen dürfen, Sitzungen des Parteivorstandes außerhalb Berlins stattfinden zu lassen.

48. Oldenburg: Die Zahl der Parteivorstandsmitglieder eventuell zu erhöhen, aber nicht durch Vertreter der Berliner Genossen oder durch einen unbesoldeten Beirat aus diesen oder den Berlin am nächsten liegenden Wahlkreisen. Die Erhebung und Einteilung der Geschäfte dem Parteivorstand aber selbst zu überlassen.

49. Jena: Der Parteivorstand ist durch einen unbesoldeten, mindestens siebengliedrigen Beirat zu verstärken, dem auch zwei Genossen angehören sollen, die in der Gewerkschaftsbewegung in leitender Stellung sich befinden.

50. Stuttgart: Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiaussschusses aus. Sie hält eine Reorganisation des Parteivorstandes insofern für notwendig, daß die Zahl der besoldeten Sekretäre vermehrt und eine Ressortteilung im Sinne des Vorschlages des Genossen Dittmann vorgenommen wird. Gleichzeitig ist die Zahl der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes derart zu erhöhen, daß sie die Mehrheit des Parteivorstandes bilden. Die Organisationen, denen die unbesoldeten Mitglieder zu entnehmen sind, bestimmt der Parteitag. Neben dem Parteivorstand bleibt die Kontrollkommission bestehen, deren politische Befugnisse zu erweitern sind. Die Parteiverammlung erachtet es als wünschenswert, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

51. Köln: Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine Erweiterung des Parteivorstandes in der Weise notwendig ist, daß eine Ressortteilung im Sinne der Dittmannschen Vorschläge eintritt.

52. Bremen: Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiaussschusses aus.

Sie erachtet es als erwünscht, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

Sie erachtet es für eine kräftige, weitbildende und schlagfertige Leitung der Partei notwendig, daß eine Trennung gemacht wird zwischen der aus den Sekretären bestehenden Parteiverwaltung und der eigentlichen politischen Parteileitung, die zusammen den Parteivorstand bilden.

53. Düsseldorf: Die Kreisversammlung des Wahlkreises Düsseldorf lehnt den Parteiaussschuß in der vorgeschlagenen Form ab und erwartet vom Parteitag Reorganisation des Parteivorstandes und Ausbau der Agitationsleiterkonferenzen.

54. Königsberg: Zur Begutachtung wichtiger, die Gesamtpartei berührender Fragen hat der Parteivorstand

Konferenzen von Vertretern der Bezirks- oder Landesvorstände, und zwar in der Regel alle Vierteljahre, zu veranstalten. Auch auf Antrag von mindestens zehn Bezirks- oder Landesvorständen sind solche Konferenzen vom Parteivorstand oder, bei dessen Weigerung, von den Antragstellern einzuberufen.

55. Braunschweig: Die vorgeschlagene Streichung des bisherigen § 19 Absatz 3 des Statuts abzulehnen und die Konferenzen der Bezirksvorstände beizubehalten.

56. Freiburg i. B.: Der Parteivorstand wird beauftragt, von dem ihm nach § 19 Abs. 3 des Organisationsstatuts zustehenden Recht häufiger als bisher Gebrauch zu machen und bei allen wichtigen Fragen die Landes- beziehungsweise Bezirksvorstände zu gemeinsamer Sitzung zusammenzurufen.

57. Oldenburg: Dem Vorstande aufzugeben, die im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen der Landes- beziehungsweise Bezirksvorstände zur Beratung von wichtigeren Fragen der inneren und äußeren Politik des öfters einzuberufen.

58. Leipzig: Der Absatz 3 von § 19 des jetzigen Organisationsstatuts ist auch in Zukunft beizubehalten.

59. München: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München erklärt sich mit der Schaffung eines Parteiaussschusses nach Vorschlag der Organisationskommission einverstanden. Sie erwartet von der Heranziehung der Vertrauensmänner aus den verschiedenen Reichsteilen zur Vorentscheidung wichtiger Angelegenheiten eine Förderung der inneren Einheit der Partei.

60. Magdeburg: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg begrüßt in dem vorgeschlagenen Parteiaussschuß einen weiteren Schritt zur demokratischen Ausgestaltung unseres Parteilebens und erblickt in der verantwortlichen Mitwirkung der Genossen aller Landesteile an der Politik der Gesamtpartei eine Gewähr für die gedeihliche Weiterentwicklung. Sie hält jedoch die direkte Wahl der Ausschussmitglieder durch die breite Masse der Parteigenossen, möglichst in Form einer Urwahl, für eine Notwendigkeit.

61. Ludwigshafen: Die Wahl des Parteiaussschusses soll nicht durch den Parteitag erfolgen, sondern direkt durch die einzelnen Wahlbezirke.

62. Frankfurt a. M.: Statt §§ 20 bis 22 zu sagen: Der Parteiaussschuß besteht aus 10 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Je eins dieser Mitglieder muß in Ostpreußen oder Schlesien, den Hansestädten, in Rheinland-Westfalen, in den mitteldeutschen Kleinstaaten, im Königreich Sachsen, in Hessen oder Hessen-Nassau, in den Reichsländern und in Bayern, Württemberg und Baden politisch tätig sein.

Der Parteiaussschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand in regelmäßigen monatlichen Sitzungen über alle die Partei berührenden wichtigeren Angelegenheiten namentlich auf dem Gebiete der Politik.

Eine außerordentliche Sitzung des Parteiaussschusses mit dem Parteivorstand muß stattfinden, wenn mindestens die Hälfte der Parteiaussschussmitglieder dies beantragt.

63. Halle a. d. S.: An Stelle des vorgeschlagenen Parteiaussschusses einen Beirat von mindestens sieben bis neun Personen auf dem Parteitag zu wählen. Der Beirat wird auf dem Parteitag vorgeschlagen.

64. Hof: Den Parteiaussschuß abzulehnen und einen politischen Beirat zu wählen, um die Aktionsfähigkeit der Partei zu erhöhen.

65. Wanzeleben: § 21 Absatz 2 soll lauten: Bei schwierigen oder sehr bedeutungsvollen Situationen, die längere Zeit andauern, kann der Parteiaussschuß einen Vorausschuß ernennen, der in permanenter Funktion bleibt und mit dem Parteivorstand zusammen tagt. Das schließt die Berufung des Gesamtaussschusses während der Dauer dieser Situation nicht aus.

66. Offenbach: Jeder Wahlbezirk macht dem Parteitag einen Vorschlag, der drei Namen enthalten muß. In Bezirken, in denen mehrere Vertreter zu wählen sind (wie Groß-Berlin, Hamburg ufm.), sind so viel mal drei Genossen vorzuschlagen, wie Vertreter gewählt werden müssen.

67. Minden-Lübbecke: In dem zu schaffenden Parteiaussschuß dem Agitationsbezirk „Stliches Westfalen“ einen Sitz resp. ein Mitglied zu überlassen.

68. Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neiße, Brieg, Ramsau, Neustadt i. O.-Schl.: Der Parteiaussschuß ist abzulehnen. Sollte er jedoch beschloffen werden, sind für die Provinz Schlesien zwei Vertreter in den Ausschuß (je einer für die Agitationsbezirke Breslau und Rattowitz, Görlitz und Langenbielau) zu wählen.

69. Niederbarnim: Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission und Beibehaltung der im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen.

70. Königsberg i. Pr.: Eine Kontrollkommission von 13 Mitgliedern.

71. Halle a. d. S.: Die Rechte der Kontrollkommission dürfen nicht beschränkt werden.

72. Leipzig: Die Kontrollkommission zu erweitern und ihr politische Funktionen zuzuwenden.

73. Wanzeleben: § 23 soll lauten: Die Kontrollkommission wird aus der Mitte des Parteiaussschusses gewählt.

74. Niederbarnim: Der jetzige § 23 Absatz 2 ist wie folgt zu ergänzen: „über die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation oder eine von dieser eingesetzte Schiedsgerichtskommission.“

75. Nürnberg: Die Kontrollkommission besteht aus 15 Mitgliedern. Die Wahl derselben findet auf dem Parteitag statt, wobei die einzelnen Bezirke zu berücksichtigen sind. Die Kontrollkommission hat die geschäftliche und politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu überwachen und über Beschlüsse gegen den Parteivorstand zu entscheiden.

76. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Dem § 23 soll als vierter Absatz hinzugefügt werden: „Entzieht sich ein Angehöriger einem gegen ihn einzuleitenden Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteio rganisation, so kann gegen den Austrittenden das Nichtwiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden.“

77. Elberfeld-Barmen: Hinter § 24 Absatz 2 ist als Absatz 3 einzufügen: „Erscheint der Angehörige ohne genügende Entschuldigung zu dem festgesetzten Termin nicht, so haben die Instanzen das Recht, ohne dessen Anwesenheit zu beschließen.“

In dem jetzigen Absatz 3 des § 24 ist der Schluß von „ernennen“ ab so zu gestalten: „so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes“. Als Absatz 5 ist neu einzufügen: „Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angehörige einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor einem Schiedsgericht verhandeln zu lassen und die erforderlichen Maßnahmen dazu zu treffen.“

78. Elberfeld-Barmen: In § 26 ist Absatz 3 wie folgt zu fassen: Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ansuchen Antrag eine Untersuchungs- und Beschluskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gelangt die Kommission zu einem sachlichen Beschluß, so steht den Betroffenen das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu.

Sonstige Anträge zur Organisation.

79. Bremen: Die Kontrolle der parteiaktiven Haltung der Parteior gane und die der Auswahl der Angeordneten steht nur den von den Genossen des Verwaltungsbezirks gewählten Instanzen zu.

80. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Verwaltungsmaterialien, als Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedsbücher sowie Formulare an einer Zentralfstelle hergestellt werden, um so eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Materialien zu erzielen.

81. Kassel: Bei Anlage von Parteieltern möge der Parteivorstand in Zukunft, möglichst die genossenschaftliche Zentralbank berücksichtigen.

82. Düsseldorf: 1. In besoldete Parteiamter können nur Genossen gewählt oder angestellt werden, welche mindestens fünf Jahre der Partei angehören.

2. Es ist eine Institution oder Ausschuß zu schaffen, der die Gehälter von denjenigen Genossen regelt, die ein Reichstagsmandat oder Landtagsmandat haben und sonst noch im Partei- und Gewerkschaftsleben angestellt sind.

83. Genosse Kolb-Würzburg: Neuaufgrenzung der Agitationsbezirke. Der weitere Fortschritt der ökonomischen Entwicklung, das rasche Wachstum der Bevölkerung in bestimmten Gegenden schafft stark überlastende, auch räumlich zu groß ausgehende Agitationsbezirke. Die starke Ausdehnung der Partei bringt diversen Bezirkssekretären zu viel Arbeit, wovon deren Ueberblick leidet, aber durch eine bessere Arbeitsteilung die Arbeit in den einzelnen Kreisen intensiver betrieben werden kann. Verschiedene Bezirke gehören geteilt oder Teile mit andern zusammengelegt. Analog meines Artikels, „Soz. Monatshefte“ Nr. 15, schlage statt der jetzigen 45 nun 55 Agitationsbezirke vor, die mehr ausgeglichen sind in der Kopzahl, auch diverse wirtschaftliche Gebiete zusammenfassen.

Maifeier.

84. Sozialdemokratischer Verein Wanzeleben, 18. sächsischer Wahlkreis, Reichenbach-Neurode, Ortsgruppen Niesa und Gröba (Sachsen VII), Ludwigshafen, 19. hannoverscher Wahlkreis und Bremerhaven, Königsberg i. Pr., Hagen-Schwelm, 12. sächsischer Reichstagswahlkreis, Bezirk Ober-Langenbielau, Nordhausen, Köln, Magdeburg: Der Beschluß 90 des Parteitages zu Nürnberg (Abführung des Tagesverdienstes) ist aufzuheben.

85. 183 Genossen in Braunschweig, 29 Genossen in Kottbus, 21 Genossen in Dortmund, das Personal der Druckerei „Volksfreund“ in Karlsruhe und das technische Personal der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M.: Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften ufm. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feiern des 1. Mai Gemahregelter ist von jedem eingetragenen Mitgliede ein Beitrag zu erheben, und zwar von den männlichen Mitgliedern 1 Mark, von den weiblichen 50 Pfennige. Dieser Beitrag wird nicht erhoben von den Mitgliedern, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohn erhalten.

86. 16 Genossen in Waldenburg i. Schl.: Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften ufm. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Die Partei wolle dagegen beschließen, eine gerechtere Lösung der Frage herbeizuführen.

Internationaler Kongreß.

87. Reichenbach-Neurode: Auf dem nächsten Internationalen Arbeiterkongreß den Antrag zu stellen, die Regelung des Feierns des 1. Mai den einzelnen Ländern selbst zu überlassen.

88. Randow-Greifenhagen: Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Generalkommission eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, wer von den Organisierten für die Arbeitsruhe am 1. Mai ist. Das Resultat soll dem Internationalen Kongreß in Wien als Material überwiesen werden.

89. Kottbus: Der Parteitag wolle beschließen, bei dem Internationalen Parteitag den Antrag zu stellen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

90. Magdeburg: Der Parteitag wolle dem Internationalen Kongreß in Wien die Aufhebung der Maifeier empfehlen, oder, um eine wirkliche würdige Demonstration herbeizuführen, sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegen.

Presse und Literatur.

91. Bremerhaven und 19. hannoverscher Wahlkreis: Die Redaktion der „Gleichheit“ wird ersucht, den Inhalt unseres Frauenblattes mehr dem Verständnis der Leserinnen entsprechend zu halten; die Kinderbeilage soll die jetzige Gestaltung und Tendenz beibehalten.

92. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der „Gleichheit“ ist jeden Monat ein Schnittmuster beizulegen. Ferner sind kleinere Artikel für die Hausfrau über Küche, Wäsche und dergleichen zu bringen.

93. Hamburg III, Distrikt Veddel: Für alle in der Schifffahrt beschäftigten Personen eine einheitliche periodische Zeitschrift herauszugeben.

94. Köln: Das Titelblatt der „Neuen Zeit“ ist in moderner Ausstattung herzustellen.

95. Frankfurt a. M.: Für das gesamte Bildungswesen ist (eventuell gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften) ein monatlich erscheinendes Organ herauszugeben. Dasselbe soll für alle Zweige unserer Bildungsarbeit Rat und Auskunft geben, den Austausch praktischer Erfahrungen ermöglichen und besonders das Volkshochwesen in wirksamer Weise unterstützen. Eventuell kann die in Leipzig erscheinende Monatschrift „Der Bibliothekar“ übernommen und in gebachter Weise ausgebaut werden.

96. Steglitz: Der Parteivorstand wird ersucht, eine Uebersetzung des Protokolls des letzten italienischen Parteitages vorzubereiten und mit einer kleinen einleitenden Darstellung der jüngsten italienischen Parteimitren und des tripolitaniischen Abenteuers zu versehen. Diese Schrift ist den Genossen möglichst billig zu überlassen.

97. Düsseldorf: Die Sektion der taubstummen Genossen und Genossinnen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für die taubstummen Genossen eine regelmäßig erscheinende Agitationschrift herauszugeben. Die Schrift soll mindestens monatlich einmal erscheinen.

98. Köln: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß ein der Reihenfolge nach geordnetes Verzeichnis von Büchern herauszugeben, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen.

99. München: Der Parteivorstand soll sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung setzen, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu leiten, deren Inhalt sich erstreckt: 1. auf die gewerkschaftliche Tätigkeit der Versicherungsanstalten, 2. auf die Organisation der Wahlen zu diesen Instituten, 3. auf die Rechtssprechung der Spruchinstanzen, 4. auf das Wirken der gesamten Privatversicherung und ihrer Träger.

(Schluß folgt)

Gewerkschaftsbewegung.

Zigarettenarbeiter-Aussperrung. Die Firma Nestor Sinalis, Zigarettenfabrik in Frankfurt a. Main, hat am Mittwoch ihre sämtlichen Zigarettenarbeiter, Organisierte und Nichtorganisierte, ausgesperrt. Vor Zutritt wird dringend gewarnt!

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Organisationszersplitterter unter den Blauner Textilarbeitern. Der frühere Geschäftsführer der Zehlfelder Blauner i. B. des Textilarbeiterverbandes bietet mit seinem Verhalten gegenwärtig der Reichsverbandspresse Stoff zur Unterhaltung. Uhlig, der aus seiner Organisation ausgeschloffen worden ist, hat durch Veröffentlichungen im konservativen „Boigtändischen Anzeiger“, die von dort ihre Kunde durch die ganze Reichsverbandspresse machten, hässliche Verdächtigungen und Anwürfe gegen die Verwaltung und auch gegen den Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes erhoben. Schließlich ging er in Gemeinschaft mit noch einigen Stämmern, die ebenfalls ausgeschlossen waren, resp. gegen die das Ausschlussverfahren eingeleitet worden war, dazu über, am Sonnabend eine öffentliche Protestversammlung im Schützenhof einzuberufen, in der gleichzeitig die Gründung einer Lokalorganisation vorgenommen werden sollte. Das „Material“ zu seinen Veröffentlichungen und zum Referat in der Versammlung hat er sich durch Abschrift von Protokollen und Kassenausgaben verschafft, zu denen er während seiner Tätigkeit als Geschäftsführer gelangen konnte. Ferner hat er angekündigt, in den nächsten Wochen eine Broschüre herauszugeben, um die angebliche Korruption im Blauner Partei- und Gewerkschaftsleben bloßzulegen. Die Versammlung endete mit einem kläglichen Fiasko für die Arrangeure. Vertreter der freien Organisation hatte man nicht das Wort erteilt, wohl aber dem Führer der Leipziger Wiesentaler. Darüber hatte sich der Versammlungsbesucher eine solche Erregung bemächtigt, daß sie schließlich in eine solenne Keilerei ausartete. Der Textilarbeiterverband hielt am Sonntag nachmittag eine von 400 Personen besuchte Versammlung ab, die sich zu einer Kundgebung gegen die Organisationszersplitterung gestaltete. Als die Dreierverein Uhligs in dieser Versammlung zum Vortrag kamen, brach unwillkürlich die Entrüstung über das Verhalten Uhligs hervor. Selbst Leute, die sich vorher in der Gefolgschaft Uhligs befunden hatten, erklärten rundweg, daß sie nunmehr alle Beziehungen mit diesem abbrechen müßten. Als ein Versammlungsteilnehmer mitteilte, daß die Textilfabrikanten bereits Lohnreduktionen angekündigt haben, weil sie durch die Vorgänge die Arbeiterschaft nicht mehr einig wännen, fiel es den Mitgliedern wie Schuppen von den Augen, welches verräterische Spiel man mit ihren Interessen hat treiben wollen, und welche Hintermänner es gerne sähen, wenn die Selbstzerfleischung der Arbeiter weiter ginge. Zu einer vernichtenden Abstimmung gestalteten sich dann die Ausführungen des Zentralvorstandsmitgliedes, Reichstagsabgeordneten Jäckel, der die erbärmliche Verräterrolle dieses Renegaten in das rechte Licht rückte. Der stürmische Beifall, der Jäckel gesollt wurde, bewies, daß die besonnenen Blauner Textilarbeiter mit solchen Elementen nichts mehr gemein haben wollen. Wenn die Unternehmer etwa glauben, mit Hilfe eines Renegaten die Organisation zu dezimieren, so werden sie sich schwer getäuscht sehen, was doch in den letzten Wochen eine erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Streik der Mainflöher. Die Mainflöher beschlossen am Sonntag in einer gutbesuchten Versammlung in Marktbreit a. M., die Arbeit einzustellen. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes hatte der Mitgliedschaftsleitung der Hinnenschiffer und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse auf die eingereichte Forderung geschrieben, daß auf der nächsten Generalversammlung des Mainflöherer-Verbandes die Forderung der Mainflöher Gegenstand der Tagesordnung bilden und daß alsdann den Flößern Antwort zugehen werde. Wann nun der Mainflöherer-Verband die Generalversammlung abzuhalten gedenkt, wurde in dem Schreiben nicht gesagt. Die Mainflöher, die noch am Sonnabend, dem 21. August, telegraphisch um Festlegung eines Termins zur Verhandlung, wenn irgend möglich zu Anfang dieser Woche, ersucht hatten, erblickten in der Antwort des Mainflöherer-Verbandes eine Verzögerung ihrer Angelegenheit bis zu einem Zeitpunkt, der für die Flößer als Termin zu Verhandlungen der allerungünstigste sein würde. Sie beschlossen einstimmig, die Arbeit einzustellen. — Vom Streik werden insgesamt 14 Flößerer-Unternehmen mit rund 250 Arbeitern betroffen. Da die Holzfuhr nach dem Niederrhein und nach Holland wegen Holz-mangel in den Ausfuhrländern und wegen der hohen Seefrachten, die eine immense Verteuerung des Holzes nach sich ziehen, in der Hauptsache vom Rhein und dem Schwarzwald kommt, so ist eine ziemlich lebhaftere Flößerer auf dem Rhein zu verzeichnen, es dürfte daher den Flößerer-Unternehmen die Arbeitseinstellung in der Spätjahrperiode sehr unangenehm sein. Ein großer Teil Flößer ist in die Heimat abgereist.

Kruppwohlfahrt und ihre Folgen. Noch ist in der bürgerlichen Welt der Begeisterungssturm über die „hochherzigen“ Millionenstiftungen der Firma Krupp nicht verfliegen und schon manchen sich für die Arbeiter der Gußstahlfabrik in Essen die üblen Folgen der reklamehaften Stijterei bemerkbar. Am Tage nach der sogenannten Jubelfeier bereits wurden in einigen Betrieben die Akkordlöhne gekürzt. Später, bei der ersten Lohnzahlung nach dem Jubiläum, gewährten die etwa 1000 in der Kesselschmiede beschäftigten Arbeiter, daß ihr Lohn um drei Mark geringer war, als sie erwartet hatten. Es ergab sich, daß in dauernder Akkordabzug gemacht worden war, der im Jahr für die Firma mindestens 75000 Mark ausmacht, weit mehr, als zur Jubiläumfeier den Arbeitern

„geschenkt“ wurde. Anderen Arbeitern wurde die Akkordarbeit genommen, was an sich ja zu begrüßen wäre; doch irgend eine Lohnzulage erhielten sie nicht, so daß, da ihr Haushalt auf der Mehrschusterlei balanzierte, das Jubiläumsjahr für sie einen sehr bitteren Nachgeschmack haben dürfte. Noch schlimmer erging es vertriebenen Hunderten in der Gießerei des Martinwerkes 6 beschäftigten Akkordarbeitern. Diesen wurde nach 12 Schichten schwerer Arbeit ein Lohn ausgehändigt, der sonst nur auf 11 Schichten entfiel. Dabei wurde ihnen aber großmütig erklärt, daß die Firma „selbstverständlich“ die Feierlichkeit am Tage des Kaiserbesuchs mit bezahle. Wo auch hier ein Akkordabzug, der für den einzelnen Arbeiter einen Fehlbetrag zwischen 3 bis 10 Mark ausmacht! Es scheint also, als wenn die Firma ihre „Wohlthat“ mit Zins und Zinseszins wieder hereinholen wollte. Zu diesen Vorkommnissen nahm eine große Metallarbeiter-Versammlung in Essen Stellung, die folgende Resolution beschloß: Die Versammlung der Arbeiter der Firma Friedrich Krupp A.-G. kann in dem zur Jahrhundertfeier gestifteten Millionen eine Arbeiterfürsorge nicht erblicken. Sie stellt im Gegenteil fest, daß keiner der von ihr erwarteten sozialen Pflichten erfüllt worden sind. Gegen die vor und nach der Jahrhundertfeier erfolgten Lohn- und Verdienstreduzierungen erheben die Versammelten entschiedenen Protest. Sie bestreiten ganz entschieden, daß das in Tisch- und Festreden zum Ausdruck gebrachte gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Firma besteht. Sie wissen, daß zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage vom Unternehmer nichts Durchgreifendes zu erwarten ist. Die Versammelten versprechen deshalb, mit aller Energie für die Ausbreitung der Organisation Sorge tragen zu wollen.“

Aus Nah und Fern.

Ein Knabe auf der Straße niedergeschossen. Ein aufregender Vorgang spielte sich am Dienstagabend um 9 Uhr in der Klosterver Straße in Moabit ab. Als dort mehrere Knaben vom Spiel heimkehrten, stellte sich ihnen vor dem Hause Klosterver Straße 10 ein fremder, etwa 18 Jahre alter Mann entgegen und forderte sie auf, die Hände hochzubehalten, andernfalls er sie niederschließen werde. Obgleich der Mann einen Revolver in der rechten Hand hielt, glaubten die Knaben an einen Scherz und kamen der Aufforderung nicht nach. Der Fremde drückte aber plötzlich die Waffe ab und die Kugel drang dem 14 Jahre alten Schüler Willy Fiedler aus der Klosterver Straße in den Kopf. Schwer verletzt brach der Betroffene zusammen, während der Täter die Flucht ergriff. Es gelang nicht, ihn einzuholen, so daß er entkommen ist. Der Knabe fand in der Unfallstation in der Grasmusstraße die erste Hilfe und mußte nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden.

Selbstmord zweier Frauen. Auf der Strecke Grunewald-Botsdam haben sich gestern zwei Frauen vor den Vorortzug geworfen, sie wurden überfahren und getötet. Es handelt sich um Frau und Tochter eines Tempelhofer Grundstückspekulanten.

Neue Opfer der Grube. Aus Chemnitz wird gemeldet: Auf der Kohlenzeche „Concordia“ in Olsnig im Erzgebirge wurden am Dienstagmorgen die Arbeiter Engelmann und Island durch hereinbrechende Kohlenmassen verschüttet. Es gelang erst kurz vor Mitternacht, bis zu den Verschütteten vorzudringen und die beiden als Leichen zu bergen. Engelmann ist verheiratet und Vater zweier Kinder, während Island ledig ist.

Fren seinem Fahnenreiß. Im „Erfurter Allgem. Anzeiger“ lesen wir folgenden Nachruf: „Gute mittag nahm uns der Allmächtige unseren lieben Kameraden, den Jäger zu Pferde Hermann Graefler inmitten des Dienstes. Er u seinem Fahnenreiß erhielt er beim Futter-schütten einen Hufschlag. Sein Andenken wird bei uns nicht verlöschen. Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der 4. E.-Fadron Jäger-Regiments zu Pferde Nr. 6.“ — Wer lacht da?

Explosionsunglück. Aus Nordhausen wird berichtet: In der Nähe des Nachbarortes Wallhausen ist am Mittwoch morgen der Keisel eines Dampfzuges explodiert. Die Explosion war so stark, daß die Hinterräder der Lokomotive ungefähr hundert Meter weit fortgeschleudert wurden. Drei Personen sind schwer verletzt worden.

Die Spionensche. In Wanne i. Westf. wurde ein Postierer Neuhner unter dem dringenden Verdacht der Spionage, die er zugunsten Frankreichs begangen haben sollte, verhaftet. Neuhner ist früher schon einmal wegen verächtlicher Spionage verurteilt worden.

Die Überschwemmungen in England. Aus London wird berichtet: Seit vielen Tagen haben die Engländer am Dienstag mal wieder die Sonne scheinen gesehen, aber kurze Zeit nur. In Norwich liegt bei hellem Sonnenschein die Folge tagelanger Regen — das Wasser in den Straßen auf 13 Fuß. Die Stadt war 24 Stunden lang von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Mittwoch mittag wird gemeldet, daß infolge erneuter Wolkenbrüche das Wasser immer noch steigt. Die Polizei und Freiwillige sind bemüht, die Familien aus den überfluteten Distrikten zu retten. Fast 7500 Personen sind obdachlos. Die Schulen und andere öffentliche Gebäude sind von den aus ihren Häusern vertriebenen Menschen überflutet. Dazu kommt noch, daß die Stadt des Nachts in Dunkelheit gehüllt ist, weil die Gas- und elektrischen Werke versagt haben. Dienstag früh war der Verkehr in den Straßen noch mit Fuhrwerken möglich, aber nachmittags konnte man nur

noch mittels Boote von einem Ort zum andern gelang. Helfern mußten an den Häusern aufgerichtet werden, Frauen und Kinder aus der Not zu befreien; Brücken, Jahrbunderten getrotzt haben, sind fortgeschwemmt worden. Die im Hafen von Whittingham verankert gemachten Jachten wurden von den Fluten losgerissen und sind meist tief im Lande, wo sonst Kinder u Schafe weiden, gestrandet. In manchen Gegenden überfluteten die Regenmassen das Land so schnell, daß unterwegs befindliche Personen sich überhaupt nicht oder doch nur mit knapper Not retten konnten. Der Postmeister von Straton-Strawley verlor Pferd und Wagen und mußte auf einem Baum klettern. In Wymondham mußte ein Fuhrmann sein mit lebenden Schweinen beladenes Fuhrwerk den Fluten überlassen, um das eigene Leben zu retten. Züge, die in d dortige Eisenbahnstation eingelaufen waren, hatten mehr als zwölf Stunden Aufenthalt. Einige Züge mußten auf d Strecke preisgegeben werden, und die Passagiere retteten si unter großen Mühsalen auf angrenzendes Hügeland. D Great-Galton-Bahn mußte Dienstag nachmittag ihren Betrieb auf sechs Seitenlinien einstellen. Gleiches Mißgeschick betraf gewisse Strecken der Great-Northern-Bahn. D Verkehr zwischen London und Harwich und anderen kontinentalen Häfen erlitt empfindliche Störungen. Die Telephon- und Telegraphenleitungen zwischen London und Norwich und anderen überschwemmten Gebieten waren vollkommen abgebrochen. Die Leichen von Gansieren, Ochsen, Schafen, Hühnern und Hunden, die ihrem Schicksale überlassen werden, schwimmen auf den Fluten neben Hausgeräten aller Art. Ähnliche Nachrichten treffen von Leicester, Stamford, Northampton, Nottingham, Peterborough und vielen anderen Gegenden ein. In vielen Fällen wurden Familien so schnell von den steigenden Fluten überrascht, daß sie nicht an Rettung denken konnten. Männer watenen bis zu den Hüften im Wasser, und die in den Häusern zurückgebliebenen Frauen und Kinder mit Lebensmitteln zu versehen. Die Boote reichen nicht mehr aus, um Rettung oder Hilfe zu bringen. — Eine weitere Meldung besagt: Gestern nachmittag aus Norwich in London eingelaufene telephonische Berichte schildern den furchtbaren Zustand der Vermissten und des Glucks; der Eisenbahnverkehr ist völlig unterbrochen. Der Geschäftsverkehr steht still; Tausende von Obdachlosen haben sich in Schulen und Kapellen einquartiert. Verschleudert ist Wasser in die Zimmer eingedrungen. Die Polizei rettet in Ruberbooten die Einwohner der bedrohten Häuser. Die Beamten der Wasserwerke befürchten, daß Mangel an Trinkwasser eintritt, und haben die Bevölkerung ermahnt, so wenig wie möglich zu verbrauchen, da die Pumpwerke durch die Überschwemmungen außer Betrieb gesetzt sind. Der Schaden in den Gemüsegärten ist ungeheuer. Tausende von Kanarienvögeln, derenwegen Norwich berühmt ist, sind umgekommen. Die Fluten gehen jetzt erfreulicherweise schnell zurück. Das Gebäude eines Lokalblattes ist zum Teil eingestürzt; verletzt wurde niemand. Ein Kind ist während der nächtlichen Rettungsarbeiten ertrunken; die Leiche eines Mannes wurde im Flusse aufgefunden.

Im Brunnensticht ertrunken. Beim Brunnenbau auf dem katholischen Friedhof in Dresden wurden drei Arbeiter in einer Tiefe von 12 Metern durch giftige Gase betäubt. Der Arbeiter Pöcher fiel dabei in das 1 Meter tiefe Grundwasser und ertrank. Die beiden anderen wurden durch die Feuerwehr gerettet.

Todessturz eines französischen Flugoffiziers. Die französische Militäraviation hat einen neuen Verlust zu verzeichnen. Der Leutnant Chan d'entier vom 8. Infanterieregiment stieg in Douai auf, in der Absicht, nach Chalons sur Marne zu fliegen. Bei Crecy sur Serre stürzte der Flieger aus einer Höhe von 300 Metern ab. Bauern, die auf dem Felde arbeiteten, eilten zur Unglücksstätte. Als sie dort ankamen, stand der Flugapparat in hellen Flammen. Der Flieger war bereits vollständig verbrannt. Die Ursache des Unglücks scheint in einer Explosion des Benzinhalters zu suchen zu sein.

Kleine Chronik. Eine aus drei jugendlichen Studenten und einem in Botsdam wohnenden Kaufmann bestehende Gesellschaft trat nach einer nächtlichen Vergnügungsfahrt durch Berlin frühmorgens die Heimreise nach Botsdam an, mittels Automobils. Kurz vor dem Nicolasseepalaste der Pneumatikreifen. Der Chauffeur verlor die Herrschaft über den Wagen. Dieser prallte mit voller Wucht gegen einen Baum, wobei das Fahrzeug in Trümmer ging. Sämtliche Insassen wurden herausgeschleudert; sie haben schwere Gehirnerschütterungen erlitten. — In Odra bei Danzig erschlug der 19jährige Arbeiter Franz Kappel einen Schmiedemeister mit einer Zaunlatte und tötete einen Arbeiter durch einen Stich ins Herz. — Zwei mit Obstauslesen beschäftigte Kinder wurden auf der Lichoppauer Landstraße von einem Automobil erfasst, als sie einem Wagen ausweichen wollten. Ein sechsjähriger Knabe war sofort tot, und ein zehnjähriges Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt. — In seiner Pariser Werkstätte wurde der siebzigjährige englische Buchbinder Rainford, ein bekannter Spezialist in seinem Fache, erdrückt aufgefunden. Wahrscheinlich liegt Raubmord vor. — Die ungarische Ortschaft Waswar wurde von einer großen Feuerbrunst heimgesucht. 60 Wohnhäuser, zahlreiche Wirtschaftsgebäude, viel Vieh und große Getreidevorräte sind den Flammen zum Opfer gefallen. Eine alte Frau ist verbrannt. Bei den Löscharbeiten erlitten mehrere Feuerwehrleute Verletzungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionsitzungen

Transportarbeiter.

Sitzung der Kommission beim Anfechtung eines Besandes

Freitag abend 8 Uhr präzis im Gewerkschaftshaus.

Vorabendung Freitag abend 8 1/2 Uhr. 2573

Geizigt zum 1. September ein **Bursche**

er Stern u. Schale verloben hat

Th. Storm, Lüneburger 49.

Seitern nachmittag 5 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unser einziggeliebter Sohn **Richard** im Alter von 4 1/2 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten Eltern.

Wilh. Jakobsen und Frau, 2565 geb. Demuth.

Seitens, den 27. August 1912.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr in Ratskau statt.

Sofort ordentlich gewandter **Lauibursche** möglichst **Radfahrer**

für den ganzen Tag. 2576

Off. erb. u. Nr. 266 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Lübeck.

Mäherin, die auch schneidert, wäscht, bügelt, Putzreinigung im Haus. 2572

Ang. u. S P an die Exp. d. Bl.

6arm. Lichterkrone, Bettstirn, Garderobenständer, Ischl. Bettstelle, ein Unterbett. (2871)

Wahmstraße 37, JI.

Empfehle Krummkeffer und Bunteküh-Stümmel. 2870

Aug. Maas, Steinrichstraße 18.

Gesangverein „Eiche“.

Einladung zum

25. Stiftungs-Fest

bestehend in Gesangsvorträgen und Ball

am **Sonntag, 1. September 1912,**

im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

H. Beckmanns Schuhgeschäft

Reiferstraße 3.

Eingetroffen:

Salbstiefel mit Eisen N. 10.50 prima Qualität.

Arbeitschuhe mit Eisen 5.75

werktägliche Zugstiefel 6.75

Schnurhiefel 6.75

Schnallenst. 7.50

Herren-Vogelst., Schnur-, Jug.-u. Schnallenstiefel b. 8.75 an Damen-Schnurhiefel b. 5.75 an Sämtliche Knaben- u. Mädchen-schuhe billig. (2877)

NB. Einzelpaare weit unter Einkaufspreis.

Reparaturwerkstatt. Rote Rabattmarken.